

Bericht zur neueren Literatur (ab 1990) über Zahl, Verbleib und Zusammensetzung der Häftlinge nach Internierungsgründen in den sowjetischen Speziallagern der Jahre 1945 bis 1950

1. Themenfeld
 - 1.1. Massenverhaftungen in der ersten Zeit 1945/46
 - 1.1.1. Nazi(aktivisten)
 - 1.1.2. Kettenverhaftungen
 - 1.1.3. Spätere Verhaftungen
 - 1.1.4. Jugendliche
 - 1.2. Sowjetische Militärtribunale (SMT)
 - 1.3. Die Speziallager
 - 1.4. Die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft der Speziallager
2. Literatur nach 1990
 - 2.1. Literatur zu den einzelnen Gewahrsamen
 - 2.2. Dokumentationen zum Thema Speziallager und Publikationen, die sich nicht einzelnen Lagern/Gefängnissen zuordnen lassen
 - 2.3. Nichtgedrucktes Material
3. Forschungsdesiderata
4. Gedenkstättenarbeit
 - 4.1. Buchenwald
 - 4.2. Sachsenhausen
 - 4.3. Berlin-Hohenschönhausen
 - 4.4. Empfehlungen für eine Gedenkstättenkonzeption
 - 4.4.1. Verwaltungsmäßige Voraussetzungen
 - 4.4.2. Interne Regelungen
 - 4.4.3. Äußere Gestaltung
 - 4.4.4. Gedenkstättenprinzipien

Abkürzungen

Literaturverzeichnis

Zusammenfassung

1. Themenfeld

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in das deutsche Reichsgebiet¹ begannen im Hinterland Truppen des Frontbevollmächtigten des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR (NKWD)² bei jeder Heeresgruppe in Divisionsstärke mit der Sicherung des besetzten Gebietes. Je mehr die Sowjettruppen gen Westen vorrückten, um so unübersichtlicher und schwieriger wurden die Verhältnisse. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte es mit großen Menschenmassen unterschiedlicher Herkunft zu tun. Während die sowjetischen Truppen noch zum Jahreswechsel 1944/45 fast menschenleere ostpreußische Orte vorfanden, befanden sich in den nunmehr besetzten Gebieten bis zur Oder-Neiße große Bevölkerungsteile vor allem deutscher und polnischer Nationalität. Es waren von der Front überrollte Einwohner dieser Gebiete, Flüchtlinge aus weiter östlich gelegenen, zuvor besetzten Gebieten, die zum Teil in ihre Heimat zurückkehren wollten, Evakuierte aus westlichen Großstädten Deutschlands sowie ehemalige Kriegsgefangene der Deutschen aus etlichen Nationen, Zwangsarbeiter vor allem osteuropäischer Herkunft, Häftlinge aus Gefängnissen und Konzentrationslagern und später Deutsche, die von den Polen vertrieben wurden – und nicht zuletzt Polen aus den von Deutschland annektierten Gebieten³.

Die sowjetische Besatzung wollte offensichtlich neben dem Bestreben, ihre Besatzungszone militärisch zu sichern, aus den ihr nun zugefallenen Menschenmassen Arbeitsfähige und „Verdächtige“ herausuchen und isolieren. Während Angehörige der deutschen Wehrmacht, der SS und anderer militärischer Einheiten (Polizeiverbände) nach kurzen Zwischenstationen umgehend in die Sowjetunion gebracht wurden, gab es für „Zivilisten“ zwei Lagergruppen: „Arbeitslager“ und „Speziallager“. In die Arbeitslager wurden arbeitsfähige Männer, Frauen und Jugendliche beiderlei Geschlechts eingewiesen, die z.T. zunächst vor Ort Hilfsarbeiten jeglicher Art für die Besatzungstruppen leisten mußten und dann zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion transportiert wurden⁴. Offiziell hieß diese Gruppe Menschen „Mobiles Kontingent“⁵. Bei den Insassen der Speziallager, offiziell „Spezielles Kontingent“

1 Hierunter werden hier das „eigentliche“ Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und die Gebiete Danzig/Westpreußen und der „Warthegau“ verstanden.

2 Semiryaga, Michail: Wie Berijas Leute in Ostdeutschland die „Demokratie“ errichteten, in: Deutschland Archiv, 5 (1996), S. 741-752.

3 Zeuger, Michael: Gefangene sind wir alle, Berlin 1966.

4 Drottleff: Selber sprechen; Dokumentation der Vertreibung; Moser: Bald nach Hause; Klier, Freya: Verschleppt ans Ende der Welt – Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern, Berlin/Frankfurt (M) 1996. Nach sowjetischen Quellen zitiert in Karner: Archipel GUPVI befanden sich am 05.12.1944 bereits 115.086 Deutsche aus Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Bulgarien in Lagern. Nach der Besetzung Ostpreußens und Schlesiens stieg diese Zahl bis zum 3. Februar 1945 auf 189.572, um am 15. Juli 1945 271.672 zu betragen. Die Totenzahl lag bei 68.952.

5 Semiryaga – Anm. 2; Drottleff: Laßt sie selber sprechen.

genannt⁶, handelte es sich um Deutsche, die der Besatzungsmacht hätten gefährlich werden können oder verdächtig erschienen, d. h. um

„a) Spionage-, Diversions- und terroristische Agenturen des deutschen Geheimdienstes;

b) Angehörige aller Organisationen und Gruppen, die von der deutschen Führung und den Geheimdiensten des Gegners⁷ zu Diversionshandlungen im Hinterland der Roten Armee abgestellt wurden;

c) Betreiber illegaler Sendestationen, Waffenlager und Druckereien, wobei die für feindliche Handlungen bestimmte materiell-technische Basis zu beschlagnahmen ist;

d) aktive Mitglieder der nationalsozialistischen Partei;

e) Führer der faschistischen Jugendorganisationen auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene;

f) Angehörige der Gestapo, des SD und anderer deutscher Terrororgane;

g) Leiter administrativer Organe auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene sowie Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen“.⁸

Unter den Umständen des noch nicht beendeten Krieges bzw. der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es in den Lagern für die Besatzungsmacht unzählige „ungeklärte“ Fälle. Das Hauptaugenmerk der sowjetischen Geheimpolizei⁹ bestand vor allem darin, diese Menschen, die nach den oben genannten Kriterien willkürlich verhaftet wurden und in den Lagern unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht waren, zu „sortieren“:

„Militärische und politische Führungs- und Mannschaftsdienstgrade der Armee des Feindes und der militärisch strukturierten Organisationen Volkssturm, SS, SA sowie das Personal von Gefängnissen, Konzentrationslagern, Militärkommandanturen, Organen der Militärstaatsanwaltschaft und Gerichte“ wurden in die Kriegsgefängenenlager eingewiesen¹⁰.

6 Semiryaga – Anm. 2

7 Hierunter wurden offensichtlich auch die West-Alliierten verstanden!

8 Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR vom 18. April 1945, zitiert in Agde: Sachsenhausen; Ritscher, Bodo: Zur Herausbildung und Organisation des Systems von Speziallagern des NKVD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, in: Deutschland Archiv 6 (1993), S. 723-735.

9 Während des hier behandelten Zeitraums gab es die Sicherheitsdienste NKWD, NKGB und SMERSCH (militärischer Abwehrdienst „Tod den Spionen“). Letzterer ging im Frühjahr 1946 im NKGB auf. Die sowjetische Geheimpolizei NKGB unterstand dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD), das 1946 in Ministerium für innere Angelegenheiten (MWD) umbenannt wurde. Gleichzeitig wurde das NKGB in MGB umbenannt. Beide Abkürzungen werden synonym für den Geheimdienst gebraucht.

10 Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR vom 18. April 1945, zitiert bei Agde: Sachsenhausen; Karner: Archipel GUPVI.

Ca 5,5 Millionen „Volksdeutsche“ und andere Bevölkerungsgruppen, die früher in der Sowjetunion gelebt hatten (z. B. Wolhyniendeutsche¹¹, Baltendeutsche, Schwarzmeerdeutsche, Bessarabiendeutsche, Galizien- und Bukowinadeutsche, Wolgadeutsche), sowie von den Deutschen zur Zwangsarbeit eingesetzte „Fremdarbeiter“ (vor allem aus der Ukraine) und aus der deutschen Gefangenschaft befreite sowjetische Soldaten und Offiziere, die als Verräter galten, wurden zur weiteren Überprüfung und Behandlung in die Sowjetunion deportiert. Die deutschen Zivilisten kamen in die Arbeitslager der Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten (GUPVI), wo sie mit den deutschen (und anderen ausländischen) Kriegsgefangenen der Sowjetunion und mit den Verschleppten des „mobilen Kontingents“ zu schwerem Arbeitseinsatz kamen.

Befreite Kriegsgefangene anderer Nationen, die nach dem Waffenstillstand den westlichen Alliierten zur Repatriierung übergeben wurden;

Angehörige aus allen Völkern der Sowjetunion, die die Deutschen unterstützt hatten („Hiwis“, Kosaken und Angehörige der Wlassow-Armee), wurden – oft mit ihren Frauen und Kindern – in Überprüfungs- und Aussonderungslager des NKWD gebracht¹².

Unter diesen Umständen ist verständlich, daß sich in allen Lagern der sowjetischen Besatzungszone – Arbeitslager, Kriegsgefangenenlager, Speziallager – zwischenzeitlich auch Menschen einer anderen Kategorie befanden¹³.

Die hier zu behandelnden Speziallager wurden – soweit sie in den deutschen Ostgebieten lagen – mit der Übergabe dieser Gebiete an die polnische Verwaltung aufgelöst, die Insassen in westlich der Oder-Neiße eingerichtete Speziallager verlegt oder in die Sowjetunion deportiert. Insgesamt gab es 28 Speziallager/Gefängnisse¹⁴, die sich nach der Verlegung westlich der Oder-Neiße-Linie auf elf Lager reduzierten. Die meisten Publikationen über die Speziallager befassen sich nur mit den Lagern, die sich auf dem Gebiet der späteren DDR befanden (auch offizielle sowjetische/russische Erklärungen beschränken

11 Sommer: Völkerwanderung; Drottleff: Selber sprechen; Wehner, Markus: Stalinistischer Terror – Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917 – 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr.B37-38/96 vom 06.09.1996.

12 Wlassow-Armee = auf deutscher Seite kämpfende „Russische Befreiungsarmee (RAO)“, benannt nach dem sowjetischen General Andrej Andrejewitsch Wlassow, der im Sommer 1942 in deutsche Gefangenschaft geriet, die RAO gründete und befehligte, am 12.05.1945 in sowjetische Hand fiel und am 02.08.1945 mit neun seiner Offiziere gehängt wurde. Frölich: General Wlassow; Karner: Archipel GUPVI.

13 Die sowjetische Besatzungszone umfaßte zunächst – wie in der European Advisory Commission 1944 festgelegt – das Gebiet von der östlichen Reichsgrenze Deutschlands bis zur Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungsmächten entlang der Elbe. Mit der später von den westlichen Alliierten sanktionierten Übergabe der deutschen Ostprovinzen an Polen und der Vertreibung der deutschen Bevölkerung verkleinerte die Sowjetunion ihre Besatzungszone auf das Gebiet westlich der Oder-Neiße, das dann später fast uneingeschränkt in der Literatur als SBZ bezeichnet wurde und 1949 den Namen Deutsche Demokratische Republik erhielt.

14 Die Häftlinge konnten meist nicht zwischen diesen Gewahrsamsarten unterscheiden; in der Behandlung und im „Status“ war auch kein Unterschied zu bemerken.

sich auf dieses Gebiet)¹⁵, obwohl in den Speziallagern östlich der Oder-Neiße nach sowjetischen Akten zwischen dem 15. Februar 1945 und 10. April 1945 bereits 58.805 Personen, darunter 3.001 Frauen festgehalten wurden¹⁶. Nach einer Vorlage des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR Berija an Stalin vom 17.04.1945 waren in den Lagern östlich der Oder-Neiße-Linie 138.200 Deutsche (sowie ca. 38.000 Polen und ca. 28.000 „Sowjetbürger“ – wieviele „Volksdeutsche“ darunter waren, ist nicht bekannt)¹⁷ inhaftiert. Sofern später Häftlinge aus den Speziallagern westlich der Oder-Neiße-Linie in die UdSSR verschleppt wurden, kamen sie als Nichtverurteilte in die Lager der GUPVI, während die SMT-Verurteilten in Besserungsarbeitslager der Hauptverwaltung für Lager (GULAG) des MWD eingeliefert wurden.

1.1. Die Massenverhaftungen der ersten Zeit (1945/46)

Nach dem Rückzug der britischen und amerikanischen Truppen aus den von ihnen besetzten und vereinbarungsgemäß im Juni 1945 der Sowjetunion zur Verwaltung übergebenen deutschen Gebieten östlich der Elbe begannen „operative Gruppen“ und „operative Sektoren“¹⁸ der nachrückenden sowjetischen Geheimpolizei NKGB auch hier mit Massenverhaftungen. Noch immer galt der Befehl des NKWD vom 18. April 1945 zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen. Zu dieser Zeit stand der später von der kommunistischen Propaganda verbreitete und von „anti-faschistischen Kreisen“ in West und Ost genannte Grund der Verhaftungen, (nur) Nazi- und Kriegsverbrecher verfolgt zu haben, nicht im Vordergrund. Naturgemäß befand sich unter den Verhafteten bei sechs Millionen Mitgliedern der NSDAP und vier Millionen Mitgliedern der unterschiedlichsten NS-Organisationen ein Großteil „Nazis“. Dieses Verdikt wurde von den „operativen Gruppen“ der sowjetischen Geheimpolizei beliebig ausgedehnt und angewandt. Wenn einem verhafteten „Spion“, „Agenten“ oder „Diversanten“ nichts nachgewiesen werden konnte, wurde er unter dem Vorwurf, „Nazi-Aktivist“ gewesen zu sein, auf unbestimmte Zeit in ein Speziallager eingewiesen. So wurden z. B. viele junge Soldaten, die aus englischer oder amerikanischer Kriegsgefangenschaft in ihre Heimat in der nunmehrigen sowjetischen Besatzungszone zurückkehrten, als englische oder amerikanische „Spione“ inhaftiert, dann aber wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur Hitler-Jugend¹⁹ als „HJ-Führer“ oder „Nazi-Aktivist“ in ein Speziallager gebracht.

15 Materialien zur Pressekonferenz von DDR-Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel vom 26. Juli 1990.

16 Lipinsky, Jan: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 – 1950 – Ein Beispiel für alliierte Internierungspraxis oder für sowjetisches GULag-System, in: Kaff: Gefährliche politische Gegner, S. 36.

17 Zitiert bei Niethammer: Alliierte Internierungslager, S. 476.

18 Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, in Broszat: SBZ-Handbuch, S. 28 (Sicherheitsapparat).

19 In der Literatur wird meist generalisierend von inhaftierten „HJ-Führern“ gesprochen, obwohl sich unter den Häftlingen viele einfache HJ-Angehörige befanden. Der Begriff „HJ-Führer“ betrifft nur

1.1.1. Nazi(aktivisten)

Die Beurteilung und damit Entscheidung über die weitere Haft lag bei den sowjetischen Geheimdienstoffizieren, deren Bildungsstand und vor allem Vorbereitung für den Einsatz in Deutschland oft sehr gering waren. Für das Aufspüren und Einsperren von Feinden und möglichen Feinden gab es – zumeist mit Hilfe örtlicher Kommunisten und irgendwelcher Denunzianten mit unterschiedlichen Motiven zusammengestellte – Verhaftungslisten, die geradezu wahllos abgehakt wurden. Besonders gefährdet waren dabei neben unbeliebten „Pg“ aller Grade und Funktionen „bourgeoise“ Berufsgruppen oder Berufsbezeichnungen mit dem Wort „Führer“. Aus einem (Eisenbahn-)Zugführer wurde ein militärischer Dienstgrad; ein Berliner S-Bahnzugführer wurde als „SS-Bannführer“ (einem nie existierenden Dienstgrad) sogar mehrere Jahre festgehalten; ein Versicherungsagent wurde zum Agenten eines Geheimdienstes, und ein Filmvorführer war eben auch ein Führer, der das Volk ideologisch beeinflusst hatte und deshalb eingesperrt wurde²⁰. Überhaupt müssen alle Angaben in sowjetischen Dokumenten über Verhaftungsgründe („aktiver Propagandist“) und Funktionen („Blockleiter“) sehr kritisch betrachtet werden, weil die Vernehmer oft willkürlich und meist ohne Sachkenntnis Funktionen annahmen oder zuteilten und „Nazi-Aktivisten“ schufen. Aus dem Lagerjournal des Speziallagers Sachsenhausen ergibt sich z. B. das extreme Beispiel, daß der 1877 geborene David Veilchenfeld („Nationalität Jude“) am 6. August 1945 unter der Beschuldigung, Staatsanwalt (bei den Nazis!) gewesen zu sein, verhaftet worden war. Er kam am 26. April 1948 in Sachsenhausen um²¹.

Das Wort „Nazi“ war während der NS-Zeit verpönt, weil es ein vor allem von den Kommunisten während der 20er und 30er Jahre benutzter Begriff war, der als Schimpfwort angesehen wurde. Die Mitglieder der NSDAP betrachteten sich dagegen als „Parteigenossen (Pg)“, die – aus welchen Gründen auch immer – dieser Partei beigetreten waren und ihrem „Führer“ mehr oder weniger völlig unkritisch folgten. Im Gegensatz zur späteren kommunistischen Diktatur war die ideologische Einwirkung auf die Masse der NSDAP-Mitglieder und ihre Schulung äußerst gering. So traf der Vorwurf, sie seien Nazis (also Fanatiker, Ideologen) gewesen, die „einfachen“ Pg besonders hart. Sie hätten „nichts gemacht“, hätten allenfalls kleine Funktionen übernommen, wie sie in

Funktionen von Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die zwischen 15 und 150 HJ-Jungen „führten“. Alle älteren waren bis auf wenige hauptamtliche HJ-Führer zur Wehrmacht eingezogen. Besonders wirklichkeitsfremd ist in diesem Zusammenhang die bei Erler/Friedrich: Genslerstraße auf S. 72 zusammengestellte Tabelle unter dem irreführenden Namen „Dienststränge der Wehrmacht, Polizei und von NS-Organisationen“, in der nur HJ-Dienststränge aufgeführt und militärischen Dienststrängen gleichgestellt werden. Ebenso unsinnig ist die in einer Stellungnahme des Vereins „Helle Panke“ formulierte „Täterkategorie vom hauptverantwortlichen Hitler bis dem in ein KZ verpflichteten HJ-Jugendlichen als Handlanger“ in Materialien der Enquete-Kommission, Bd. IX, S. 464. Klönne: Hitlerjugend; Glaser: Jugend im Dritten Reich.

20 Einige solcher Verhaftungslisten aus sowjetischen Archiven liegen dem „vor. Plato, Alexander von: Sowjetische Sonderlager in SBZ und DDR, in BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 1992 (2), S. 248 – 254.

21 Materialien zur Pressekonferenz von DDR-Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel vom 26. Juli 1990.

jeder Partei und (im heutigen Sprachgebrauch) in jeder Massenorganisation zur Aufrechterhaltung der Arbeit notwendig gewesen waren, und fühlten sich nun gegenüber dem Vorwurf, eine verbrecherische Diktatur aktiv unterstützt zu haben, völlig unschuldig. Hinzu kam, daß viele von ihnen mit den Verbrechen der Hitler-Diktatur erst nach dem Kriege konfrontiert wurden bzw. wegen ihrer frühzeitigen Inhaftierung von den vor allem in den Nürnberger Prozessen zur Sprache gekommenen Verbrechenskomplexen nichts wußten (und vieles nicht glaubten).

1.1.2. Kettenverhaftungen

Eine beliebte Form des NKWD/MWD, gefährliche „Untergrundbewegungen“ aufzuspüren, waren Kettenverhaftungen. Wenn ein Verdächtiger zu seiner Entlastung Zeugen aus seinem Freundes- oder Bekanntenkreis nannte, wurden diese einfach ebenfalls verhaftet. Dasselbe geschah mit Entlastungszeugen, die diese wiederum nannten, so daß ganze bis zu 40 Mann starke „faschistische Widerstandsgruppen“ („Werwolf-Gruppen“) in den Kellern und Gefängnissen der operativen Gruppen der sowjetischen Geheimpolizei einsaßen. Mit Mißhandlungen und Folterungen wurden Geständnisse erpreßt, nach denen entschieden wurde, ob die Gruppenmitglieder ohne Urteil oder nach der Verurteilung zu Höchststrafen durch ein sowjetisches Militärtribunal (SMT) in ein Speziallager eingewiesen wurden. Entlassen wurde ein einmal Inhaftierter äußerst selten; er wußte ja auch zuviel. Die Kettenverhaftungen zogen sich oft über Wochen und Monate hin und waren vor allem in kleineren Orten bekannt – ohne daß sich die noch nicht festgenommenen angeblichen Gruppenmitglieder absetzten. Man war eben unschuldig und glaubte dies notfalls den sowjetischen Vernehmern beweisen zu können – ein oft tödlicher Irrtum²².

1.1.3. Spätere Verhaftungen

Diese Zeit der „wilden“ Verhaftungen ging über in eine Phase der Verfolgung jeglicher Opposition und möglicher Opposition nicht nur gegen die Maßnahmen der Besatzungsmacht, sondern auch gegen Kritiker der Politik der inzwischen gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die beide das Ziel hatten, die sowjetische Besatzungszone nach dem Vorbild der Sowjetunion gesellschaftlich umzuwandeln. Mit der 1947 begonnenen Säuberung der SED von ehemaligen Sozialdemokraten wegen „Schumachertätigkeit“ und „Fraktionismus“ und der Umwandlung der SED in eine Partei neuen Typs, d. h. zu einer stalinistischen Partei ab 1948, waren es in erster Linie Sozialdemokraten und andere Demokraten, die sich gegen die Sowjetisierung dieses Teils Deutschlands wandten, die nun den Massenverhaftungen zum Opfer fielen. Nach der Parole, daß jeder, der sich gegen den Aufbau des Sozialismus

²² Völkner: Unschuldig S. 58, 61 u.S. 107 (Wittenberger Schüler); Müller: Recht oder Rache S. 75 (Greußener Jugendliche); Müller: Die andere DDR; Vorstand SPD: Die einen sind im Dunkeln.

wende, nur ein Faschist sein könne, wurden auch diese Personen politisch diskriminiert und als „Agenten des Sozialfaschismus“, „Schumacher-Agenten“, „Spione“, „amerikanische Tito-Agenten“ u.ä. von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt und in Speziallager eingewiesen. Auch die grundsätzliche antiwestliche Einstellung spielte bei den Verhaftungen ein Rolle. Die von den amerikanischen und englischen Besatzungstruppen in den später der Sowjetunion übergebenen Gebieten in Verwaltungspositionen eingesetzten „Demokraten der ersten Stunde“ (Bürgermeister, Landräte, Polizeipräsidenten u.ä.) wurden systematisch abgesetzt, mußten in die Westzonen flüchten oder wurden verhaftet. Deutsche, die z.B. auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht unbrauchbar gemachte Waffen der Wehrmacht in einem Steinbruch verschüttet hatten, wurden unter der Beschuldigung eingesperrt, diese Waffen in einem nächsten Krieg als Verbündete der Amerikaner wieder hervorholen zu wollen. Die Spionage-Furcht ließ sogar schon in den ersten beiden Jahren auch Kommunisten in die Lager bringen, ohne daß sie verurteilt worden waren²³.

1.1.4. Jugendliche

Ein auffallend großer Prozentsatz der Inhaftierten bestand aus Jugendlichen ab dem 12. Lebensjahr²⁴. Der allgemeine Inhaftierungsgrund war „Werwolfverdacht“²⁵. Oft verbunden mit dem Vorwurf, dem „Volkssturm“²⁶ angehört zu haben, wurden „Werwolf-Gruppen“ meist durch Kettenverhaftungen zusammengestellt, denen man aber keine Aktivitäten nachweisen konnte. Sofern bei einzelnen Jugendlichen Waffen-„Souvenirs“ gefunden worden waren, wurden sie von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt, die anderen als „HJ-Führer“ auf unbestimmte Zeit in ein Speziallager eingewiesen²⁷.

23 Ammer: Universität; Bärwald: Ostbüro; Bilke: Unerwünschte Erinnerungen; Bloch: Zwischen Hoffnung; Bouvier: SPD hat aufgehört zu existieren; Brundert: Es begann; Buschfort: Ostbüro; Ernst-Moritz-Arndt-Uni: Lohmeyer; Finn: Politische Häftlinge 1945 bis 1950; Fricke: Politik und Justiz; Fricke: Warten auf Gerechtigkeit; Friedensburg: Es ging um Deutschlands Einheit; Grabe: Vier Stationen; Gradl: Anfang; Klein: Visionen; Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Die Unterdrückung der Jugend; Kilian: Einzuweisen (S. 150); Müller: Festung Wissenschaft; Müller: Recht oder Rache, S. 17 (Fall Robert Zeiler); Pförtner: Ihr aber steht im Licht; Richter: Ost-CDU; Schollwer: Potsdamer Tagebuch; Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen: Dokumentation; Volker: Sibirien.

24 Vorstand SPD: Die einen sind im Dunkeln.

25 Hass, Gerhard: Der Werwolf 1944/45 – Propaganda und Realität, in: Agde: Sachsenhausen; Schilde, Kurt: Jugendliche unter „Werwolf“-Verdacht in: Haase: Torgau-Tabu; Deppe, Hans-Joachim: Zur „Werwolf“-Tragödie der mecklenburgischen Jugend 1945 in: Carolinum, Historisch-literarische Zeitschrift, Göttingen Nr. 115 (1995); Rose: Werwolf; Völkner: Unschuld, S. 61.

26 Das „letzte Aufgebot“ des NS-Krieges war der von Hitler am 18.10.1944 eingerichtete „Volkssturm“, dem alle 16- bis 60jährigen Männer angehören mußten, sofern sie nicht schon in der Wehrmacht waren. Den sowjetischen Vernehmern galten die in Zivil mit einer kennzeichnenden Armbinde versehenen Volkssturm-Angehörigen oft als eine Art Partisanen, die auch mit den „Werwölfen“ zusammenhingen.

27 Erste Ergebnisse einer noch nicht abgeschlossenen Auswertung einer Fragebogenaktion des HAIT unter ehem. Häftlingen und bei Angehörigen ergeben, daß der Verhaftungsgrund meistens nicht die Partei- oder HJ-Zugehörigkeit war, sondern eine andere Beschuldigung.

1.2. Sowjetische Militärtribunale (SMT)

Da die sowjetische Geheimpolizei in Deutschland keine eigenen Gerichte hatte, wurden die zur Verurteilung bestimmten deutschen und ausländischen Häftlinge vor Militärtribunale sowjetischer Armee-Einheiten gestellt. Diese sowjetischen Militärtribunale waren abnehmend bzw. überführend bis 1956 die politische Gerichtsbarkeit in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Sie verurteilten Zivilisten nicht nur wegen Vergehen gegen die Besatzungsmacht (Diebstahl von Lebensmitteln, illegale Grenzgänger z. B.), sondern vor allem die ihnen von der sowjetischen Geheimpolizei vorgelegten politischen Fälle. Verteidiger und Öffentlichkeit gab es in diesen Prozessen nicht. Entlastungszeugen wurden nicht angehört. Alle Verurteilungen erfolgten nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR (Russische Föderative Sowjetrepublik), meist nach dem berechtigten § 58²⁸. Man hatte keine Probleme, nicht nur Deutsche zu verurteilen, die möglicherweise die Sowjetunion gefährden könnten, sondern auch stramme Kommunisten, die gegen die Parteilinie der SED verstoßen hatten²⁹. Die SMT waren Anfang der 50er Jahre, in denen die DDR-Justiz nach und nach die politischen Verurteilungen in eigene Regie übernahm, eine Art oberstes Gericht – nicht im Sinne einer Revisionsinstanz –, die die wichtigsten politischen Verfahren in erster und letzter Instanz an sich zogen. Nach der Auflösung der Speziallager 1950 wurden die SMT-Verurteilten zur Strafverbüßung (oder Hinrichtung) in die Sowjetunion gebracht³⁰. Einige SMT-verurteilte Kommunisten kamen – Ironie der Geschichte – 1955/56 nach den

28 Die meisten Deutschen wurden nach den Absätzen 6 „Spionage“, 10 „Antisowjetische Propaganda und Agitation“, 11 „Organisierung eines Verbrechens“, 12 „Nichtanzeige von konterrevolutionären Verbrechen“ und 14 „Konterrevolutionäre Sabotage“ verurteilt. Schacht: Protokolle S. 59 ff/ S. 75 ff.; Finn: Hoheneck; Oleschinski, Brigitte / Pampel, Bert: „Nazis“, „Spione“, „Sowjetfeinde“? Die SMT-Verurteilten im April 1953 in Torgau, in: Deutschland Archiv 5 (1995), S. 457-466; Matz-Donath, Annerose: Wege nach Hoheneck – Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen, in Deutschland Archiv 5 (1995), S. 466-480.

29 So wurden z. B. von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt: Der Chefredakteur des Deutschlandsenders Leo Bauer (1950 verhaftet, 1952 in Berlin-Lichtenberg zum Tode verurteilt, begnadigt zu lebenslanger Haft); der 2. Vorsitzende der KPD Kurt Müller (im März 1950 verhaftet, durch Fernurteil – OSO = Sonderkollegium in Moskau – zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt); der zuvorige Thüringische Innenminister und Buchenwald-Kapo Ernst Busse (1950 verhaftet und wegen Kriegsverbrechen im KZ Buchenwald zu lebenslanger Haft verurteilt, 1952 in einem Lager der Sowjetunion umgekommen); der frühere Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) und Buchenwald-Kapo Erich Reschke (1950 verhaftet und als Kriegsverbrecher verurteilt, 1955 aus Workuta zurückgekehrt, nach der Rehabilitierung VP-Major, SED-Parteisekretär und IM); das Mitglied des SED-Parteivorstandes Willi Jesse (ohne Urteil 7 ½ Jahre in Haft). Fricke: Warten auf Gerechtigkeit; Klein: Visionen; Niethammer: Gesäuberter Antifaschismus. Unter den von der sowjetischen Besatzungsmacht 1950 der DDR zur Aburteilung übergebenen Speziallagerhäftlingen befanden sich 55, die schon vor 1933 der KPD angehört hatten und nun strafverschärfend in Waldheim als „Klassenverräter“ verurteilt wurden. Auch bei 157 ehemaligen SPD-Mitgliedern spielte diese Auffassung bei den Waldheim-Urteilen eine Rolle. Eisert: Waldheimer Prozesse, S. 130; Bouvier: ...die SPD hat aufgehört; Fippel: Antifaschismus; Maderthaler: Ich habe den Tod verdient.

30 Beispiel in Bräuer: Wider das Vergessen. Siehe u. a. Fricke, Karl Wilhelm: Postscriptum zum Fall Walter Linse in: Deutschland Archiv 6 (1996), S. 917 und Mühlen, Bengt von zur: Der Fall Walter Linse – Rekonstruktion eines Justizmordes, Dokumentarfilm, Chronos.

Verhandlungen von Bundeskanzler Adenauer als Kriegsgefangene (nach sowjetischer Version: Kriegsverbrecher) nach Deutschland zurück³¹.

1.3. Die Speziallager

Eine nach der Auflösung der Sowjetunion in sowjetischen Archiven gefundene Liste der NKWD-Lager und -Gefängnisse zu Beginn des Jahres 1945³² gibt folgenden Überblick:

Im Bereich der 1. Bjelorussischen Heeresgruppe

01. Lembertow, 02. Lodsch, 03. Posen, 04. Danzig, 05. Krakau, 06. Schneidemühl, 07. Schwiebus, 08. Landsberg, 09. Fürstenwalde (Ketschendorf), 10. Werneuchen (Weesow)

Im Bereich der 2. Bjelorussischen Heeresgruppe

11. Graudenz, 12. Gollnow, 13. Stargard (Gefängnis)

Im Bereich der 3. Bjelorussischen Heeresgruppe

14. Insterburg (Gefängnis), 15. Tapiaw (Gefängnis), 16. Bartenstein (Gefängnis), 17. Königsberg (Gefängnis). 18. Preußisch-Eylau, 19. Domtau, 20. Panart

Im Bereich der 1. Ukrainischen Heeresgruppe

21. Tost (Lager und Gefängnis), 22. Oppeln (Gefängnis), 23. Rawitsch (Gefängnis).

Im Bereich der 4. Ukrainischen Heeresgruppe

24. Wadowize (Gefängnis), 25. Bilsko (Gefängnis), 26. Ratibor (Gefängnis), 27. Ruzemberko (Gefängnis), 28. Mislowitz

In dieser sowjetischen Übersicht fehlten die zu der Zeit noch nicht eingerichteten Lager:

(29.) Sachsenhausen, (30.) Buchenwald, (31.) Frankfurt (Oder) (Lager und Gefängnis), (32.) Torgau (Lager und Gefängnis), (33.) Mühlberg, (34.) Neubrandenburg, (35.) Jamlitz, (36.) Berlin-Hohenschönhausen, (37.) Strelitz (Gefängnis).

Die Insassen der Lager und Gefängnisse konnten jedoch meist keinen Unterschied zwischen diesen Gewahrsamsformen sehen, zumal auch Zuchthäuser als „Lager“ geführt wurden. Nicht enthalten sind in dieser Aufstellung die unzähligen Lager in der Sowjetunion, in die verurteilte und nicht verurteilte

31 Sofern sich unter den im Laufe der 50er Jahre aus der Sowjetunion in die DDR Zurückgekehrten Kommunisten befanden, die von sowjetischen Gerichten verurteilt worden waren (z. B. in den 30er Jahren) und nun rehabilitiert wurden, erhielten sie Renten und Vergünstigungen wie Kommunisten, die Opfer der Nationalsozialisten geworden waren. Liste der Rehabilitierten in: Dietz-Verlag: Dokumente 1956; Gabert: Dokumente; Wolin, Waleri Alexandrowitsch: Rußland rehabilitiert die durch sowjetische Militärtribunale unschuldig Verurteilten, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Reihe Bautzen-Forum 4 (1993).

32 Faksimile in Köster-Hetzendorf: Ich hab dich so gesucht, S. 172; Ritscher: Speziallager, S. 27; Ritscher: Zur Herausbildung und Organisation.

Häftlinge aus den MWD-Haftanstalten und Speziallagern aus Deutschland in die Sowjetunion deportiert wurden³³.

Die Speziallager der sowjetischen Besatzungszone waren zunächst provisorischer Art. Die Menschen wurden ohne Rücksicht auf räumliche und hygienische Zustände in Zuchthäusern, ehemaligen Kriegsgefangenenlagern, einfach umzäunten Bauernhöfen, Werksiedlungen, Kasernen oder ehemaligen Konzentrationslagern untergebracht. Bei Hungerrationen und minimaler medizinischer Betreuung verstarb etwa ein Drittel der Häftlinge, die in Massengräbern verscharrt wurden. Alle Lager waren Schweigelager, d. h. daß es keine Verbindung zu den Angehörigen gab, daß die Häftlinge völlig von der Außenwelt abgeschnitten wurden (z. B. keine Zeitungen, kein Radio hatten), daß es keine Todesnachrichten an die Angehörigen gab³⁴. Die Häftlinge durften nicht arbeiten und sollten körperlich und geistig völlig lahmgelegt werden.

1948 gab es eine erste Entlassungsaktion, die neben der hohen Todesrate die Zahl der Lager in Deutschland auf drei (Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen) zusammenschmelzen ließ. Im Januar 1950 wurden auch diese drei Lager aufgelöst: 15.038 verurteilte und nicht verurteilte Häftlinge wurden entlassen, 10.513 von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte der DDR zur weiteren Strafverbüßung und 3.432 Häftlinge zur Aburteilung durch DDR-Gerichte übergeben³⁵.

1.4. Die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft der Speziallager

In den Speziallagern fand sich eine gemischte Gesellschaft von Deutschen wieder, die – soweit man es bis heute ohne wissenschaftlich abgeschlossene Untersuchungen sagen kann – dem soziologischen Durchschnitt der deutschen Bevölkerung entsprach. Alle Berufe waren vertreten. Schwieriger ist die Beurteilung nach der politischen Zusammensetzung, d. h. nach den von den Inhaftierten ausgeübten oder innegehabten Funktionen im Gefüge des nationalsozialistischen Partei- und Massenorganisationsapparates, um den neuerdings aufgekomenen Begriff des “NS-Funktionsträgers“ zu klären und die daraus

33 Z.B. Bericht des Dr. Hartwig Bernitt, Dannenberg, der (nach der Haft in der DDR) in den Gefängnissen Brest-Litowsk, Gomel, Moskau, Gorki einsaß und dann die Lager 9./10. und 11. Schacht Workuta, Küllager, E-Werk, Straflager, 8. Schacht, Inta und Suchobeswodnoje kennenlernte (Schreiben vom 4.12.1995 an den Verf.). Erlebnisberichte in: Binski: Zwischen Waldheim und Workuta; Müller: Andere DDR; Scholmer: Die Toten; Röder: Der Katorgan.

34 Auch DDR-Dienststellen (Standesämtern) wurde verboten, Todesurkunden auf Grund von eidesstattlichen Erklärungen ehemaliger Mithäftlinge auszustellen (Rundverfügungen der Innenminister der Länder, z. B. Brandenburg vom 31. Juli und 1. September 1950). Das DDR-MdI legte Walter Ulbricht etwa Mitte 1950 ein Problempapier vor, in dem dieses Thema und die Auswirkungen auf das Personenstandswesen in der DDR hingewiesen wurde. Eine Entscheidung ist nicht bekannt. Buddrus, Michael: „... im Allgemeinen ohne besondere Vorkommnisse“ – Dokumente zur Situation im Strafvollzug der DDR nach Auflösung der sowjetischen Internierungslager 1949 – 1951, in: Deutschland Archiv Nr. 1/1996, S. 10 ff; Kilian: Einzuweisen (S. 183f).

35 Schriftwechsel zwischen Armeegeneral Tschujkow und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR Walter Ulbricht, ADN/ Neues Deutschland 17. Januar 1950.

abgeleitete Kollektivbeschuldigung, direkt oder indirekt mitschuldig an den Konzentrations- und Vernichtungslagern der SS gewesen zu sein³⁶. Wegen der Zufälligkeit und Willkür bei den meisten Verhaftungen der ersten Zeit wußten die Angehörigen und der Verhaftete manchmal selbst nicht, unter welcher Beschuldigung die Verhaftung erfolgte, zumal da die Vorwürfe auch wechseln konnten (z. B. von „Spion“ zu „Nazi-Aktivist“). Sicher waren sich fast alle, „nichts getan“ zu haben, nichts getan zu haben jedenfalls im strafrechtlichen Sinne. So wurden von den Suchdiensten (die Unterlagen der KGU wurden ab 1951 für den DRK-Suchdienst auf deren Suchkartei-Karten überschrieben) bei den Personalien die Berufe und Wehrmachtsdienstgrade/stellen, dagegen kaum – auf jeden Fall nicht systematisch – Partei- oder andere politische Funktionen erfaßt. Eine nachträgliche Auswertung wäre nicht repräsentativ, eine Nachfrage bei den noch lebenden Angehörigen sehr aufwendig³⁷.

Ein ungefährer Hinweis auf die „politische Schuld“ bzw. Involvierung in die Verbrechen des Nazi-Regimes der nicht verurteilt gewesenen Insassen der Speziallager kann die Auswertung der Akten jener rund 3.000 Häftlinge sein, die 1950 von der sowjetischen Administration der DDR-Justiz zur Aburteilung übergeben wurden und die folgerichtig die belastetsten Insassen der Speziallager hätten sein müssen. Dem DDR-Innenministerium wurden von der Sowjetischen Besatzungsmacht lediglich einblättrige „Akten“ übergeben, aus denen nur der pauschale Vorwurf für die Inhaftierung (bei den zur Strafverbüßung übergebenen SMT-Verurteilten: der Verurteilungsgrund) hervorging. Die DDR-Behörden waren deshalb gezwungen, sich über ihre neuen Häftlinge erst ein Bild zu machen. Mit Fragebogen und kurzen Verhören wurden Verurteilungsgründe gesucht, weil nach den Vorgaben der Abteilung Staatliche Verwaltung des Parteivorstandes der SED alle von der Besatzungsmacht übergebenen Häftlinge hart verurteilt werden sollten. Von den 3.432 aus Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen nach Waldheim gebrachten Häftlingen wurden 31 zum Tode (Vollstreckung: 24), 146 zu lebenslanger Haft, 1901 zu Freiheitsstrafen zwischen 15 bis 20 Jahre und 1242 zu Freiheitsstrafen zwischen fünf

36 In einem Brief an den zuständigen Thüringer Minister, das Kuratorium und den Häftlingsbeirat teilte der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Dr. Volkhard Knigge, am 19. Oktober 1995 mit, daß die Architekten des Buchenwalder Dokumentenhauses für die Nachkriegsgeschichte Buchenwalds ihre Arbeit niedergelegt hätten. Grund war die Forderung Knigges nach baulichen Veränderungen auf Grund seiner Feststellung, daß die Mehrheit der Häftlinge „NS-Funktionsträger“ gewesen sei. „Weit über 50% NS-Funktionsträger“ wären „nicht nur in einen großen Unrechtszusammenhang aktiv verstrickt“ gewesen, „sondern (standen) in einem direkten Schuld-, wenigstens aber Verantwortungsverhältnis zu den Häftlingen der Konzentrations- und Vernichtungslager“. Knigge geht damit noch über die Beurteilung der SED hinaus, die durchaus ehemalige „zivile Funktionsträger“ in Partei- und Staatsfunktionen duldete und für die Gewinnung dieses Personenkreises für sozialistische Ziele gezielt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NDPD) gründete. s. auch: Braun, Günter / Ehnert, Gunter: Das Speziallager Buchenwald in einem zeitgenössischen Bericht, in Deutschland Archiv H. 2 (1995), S. 163-178.

37 Für weibliche Häftlinge, die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt und der DDR-Justiz zur weiteren Haft übergeben worden waren, liegen hierüber Daten vor, die jedoch nicht für die Masse der von der sowjetischen Geheimpolizei insgesamt Verhafteten repräsentativ sein können – Matz-Donath, Annerose: „Kämpferinnen und Opfer“ – Politisch verfolgte Frauen in der sowjetischen Besatzungszone, in: Kaff: Gefährliche politische Gegner.

bis 14 Jahre verurteilt³⁸. Nach der nach der Wiedervereinigung möglich gewordenen Aktenauswertung der „Waldheimer Kriegsverbrecher-Prozesse“³⁹, ergibt sich das nachstehende Bild über die Zusammensetzung der „schwersten Fälle“ aus den sowjetischen Speziallagern.

Nach Berufen: Arbeiter (660), Angestellte (852), Juristen (152), Schriftsteller (13), Bauern mit einem Besitz bis 100 ha Land (15), Fabrikanten (65), Soldaten (19), Handwerker und Gewerbetreibende (282), Beamte (556), Ärzte (44), Redakteure (75), Bauern mit einem Besitz von über 100 ha Land (27), Berufs-offiziere (25). Von ihnen wurden 336 (darunter 28 Frauen) bestraft wegen Denunziationen, mehr als 20, weil sie KZ-Aufseher(innen) oder Aufseher gewesen waren, 265 wegen in der Sowjetunion und anderen Ländern begangener Verbrechen und 1.366 Personen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit⁴⁰. Außerdem wurden etwa 70 Jugendliche verurteilt, die bei ihrer Inhaftierung 15 bis 17 Jahre alt waren. Alle Urteile halten allerdings keiner rechtsstaatlichen Prüfung stand.

Die oben geschilderten Um- und Zustände kurz vor dem Kriegsende und in der ersten Nachkriegszeit lassen erkennen, daß es damals unmöglich war, sich ein Bild über den verfolgten Personenkreis zu machen. Der Massenterror erzeugte Angst. Obwohl die Angehörigen in persönlichen Vorsprachen und Schreiben an die Polizei, an die sowjetischen Kommandanturen, an die Kirchen und an alle möglichen Verwaltungen etwas über den Verbleib ihres „abgeholt“ Verwandten zu erfahren suchten, gab es keine Auskünfte. Für die SBZ/DDR-Dienststellen war klar, daß es sich bei den von der Besatzungsmacht Inhaftierten nur um Nazi- oder Kriegsverbrecher handeln konnte. Vielfach wurde vermutet, daß die Verhafteten zum Wiederaufbau nach „Sibirien“ verschleppt worden seien. Auch für das Deutsche Rote Kreuz bestand zunächst kein Anlaß, sich einzuschalten, weil es mit der Schicksalsklärung von Millionen Kriegsgefangenen und Vermißten voll ausgelastet war, jene Verhafteten schließlich an ihrem Wohnsitz „abgeholt“ worden waren, und man davon ausgehen konnte, daß die Besatzungsmacht über die unter diesen Umständen von ihr Verhafteten Auskunft über deren Verbleib geben könnte.

Erst als im Sommer 1948 die ersten Entlassenen von ihrem Aufenthalt in Lagern in Deutschland, von den Deportationen aus den Speziallagern und vor allem von dem großen Sterben berichteten und die westliche Lizenzpresse immer kritischer über die Maßnahmen des ehemaligen Kriegsbündnisses Sowjetunion berichten durfte, gab es Bestrebungen, diesen Bereich aufzuklären. In West-Berlin gründeten die Berliner Jugendverbände eine Organisation, die

38 Otto: Waldheimer Prozesse; Eisert: Waldheimer Prozesse; Prieß: Unschuldige; Waldheimer Kameradschaftskreis: Hinter den Kulissen der Waldheimer Prozesse des Jahres 1950, Fehmarn 1965; Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen: Die Waldheimer Geheimprozesse – Eine Denkschrift – Berlin o.J.

39 Obwohl nicht alle Verurteilten wegen NS- oder Kriegsverbrechen (etliche sogar wegen Nachkriegstaten) abgeurteilt wurden, wurde dieser Name aus propagandistischen Gründen genutzt – Neues Deutschland 17.01.1950 u. 24.06.1950, Neue Zeit 13.09.1950.

40 Otto: Waldheimer Prozesse; Eisert: Waldheimer Prozesse.

sich „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) nannte und sich zur Aufgabe machte, über den neuen politischen Terror die Öffentlichkeit zu unterrichten und Protestaktionen zu starten⁴¹. Eine erste Maßnahme war die Einrichtung eines Suchdienstes für die von der sowjetischen Besatzungsmacht Inhaftierten. Die ehemaligen Häftlinge wurden aufgefordert, Namen und nähere Personalangaben über ihre Mithäftlinge, vor allem der verstorbenen zu machen, Angehörige sollten die Vermißten benennen. Der Erfolg dieser ersten Aktion war so ungeheuer groß, daß die KgU die Meinungsführerschaft in dieser Frage übernehmen und erstmals Schätzzahlen veröffentlichen konnte, die das Ausmaß der Verhaftungen erkennen ließen. Die KgU schätzte damals, daß etwa 185.000 Menschen verhaftet worden waren, von denen 96.000 die Haft bis dahin nicht überlebt hatten⁴². In dieser Zeit wurde für die Speziallager noch der Begriff Konzentrationslager benutzt, weil hiermit am ehesten das Geschehen beschrieben werden konnte und die sowjetische Bezeichnung „Speziallager“ noch nicht bekannt war. Sicherheit bestand schon zu dieser Zeit, daß es sich nicht um eine Entnazifizierungsaktion handeln konnte, wie sie etwa zuvor von den westlichen Alliierten (wenn auch unter ganz anderen Umständen) durchgeführt und abgeschlossen worden war⁴³. Zu willkürlich und „unsystematisch“ war eingesperrt worden, zu unterschiedlich war der verhaftete Personenkreis zusammengesetzt. Ebenso sicher waren die Speziallager auch keine Lager für NS- und Kriegsverbrecher (SS-Angehörige befanden sich als Militärpersonal in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion), weil – abgesehen von den nicht einmal verurteilten Insassen – unter den Verurteilten sowjetischer Militärtribunale nur relativ wenige Deutsche waren, denen man diesen Vorwurf auch im rechtsstaatlichen Sinne machen konnte. Es waren vor allem geringe Vergehen (Denunziationen, Bewachung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern u.ä.), die allerdings zu hohen Freiheitsstrafen oder Todesurteilen führten. Andererseits wurde ein Angehöriger der SS-Wachmannschaft aus Buchenwald, der als Außenposten einen flüchtenden Häftling erschossen hatte, nicht vor ein SMT gestellt, sondern 1950 der DDR-Justiz übergeben, die ihn in Waldheim zum Tode verurteilte⁴⁴. Ausnahmen bildeten die im August 1947 öffentlich herausgestellte kollektive Verurteilung von 240 Angehörigen des 9. Polizeibataillons (Berlin-Spandau) zu je 25 Jahren Arbeitslager, die ohne Feststellung einer persönlichen Schuld erfolgte⁴⁵, und ein öffentlicher

41 Kai-Uwe Merz: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand – Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948 – 1959, München 1987; Birkenfeld: NKWD-Staat; Kongreß-Verlag: Kalte Krieger gehen unter, Berlin (Ost) 1955; Kongreß-Verlag: Unmenschlichkeit als System, Berlin (Ost) 1957; Heinrich, Eberhard / Ullrich, Klaus: Befehdet seit dem ersten Tag, Frankfurt (Main) 1981.

42 Just: Die sowjetischen Konzentrationslager.

43 Vollnhals: Entnazifizierung; Wember: Umerziehung; Knigge-Tesche: Internierungspraxis.

44 Finn, Gerhard: Die doppelte „Banalität des Bösen“ – Vom Leben und Sterben des jüngsten Waldheim-Verurteilten, in: Berliner Anwaltsblatt 7/8 (1995), S. 305-309.

45 Neues Deutschland, 09.08.1947.

SMT-Prozeß vom 23. Oktober bis 1. November 1947 im Rathaus Berlin-Pankow, in dem Straftaten im KZ Sachsenhausen abgeurteilt wurden⁴⁶.

2. Literatur nach 1990

Die zu den oben geschilderten Zuständen in der sowjetischen Besatzungszone kurz vor dem Kriegsende und der ersten Nachkriegszeit sowie zum sowjetischen Lagersystem vorliegende Literatur ist äußerst unterschiedlich und wird weitgehend von persönlichen Erlebnisberichten ehemaliger Häftlinge bestimmt. Im anhängenden Literaturverzeichnis sind alle Publikationen und wichtigen Zeitschriftenaufsätze zum Thema Speziallager aufgeführt. Behandelt werden aber hier nur die Publikationen, die erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands erschienen, nachdem die Entdeckung der Massengräber das Thema der Massenverhaftungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der Speziallager von den Zeitungen der DDR bzw. dann der neuen Länder durch etliche Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge wochenlang herausgestellt wurde. Bemerkenswert ist dabei, daß die in diesen Jahren in Buch- und Broschürenform veröffentlichten Berichte nicht nur von ehemaligen Häftlingen stammen, die in der DDR gelebt hatten und sich bis dahin nicht öffentlich äußern konnten, sondern daß auch seit langem in der Bundesrepublik lebende ehemalige Häftlinge nunmehr ihre Erlebnisse publizierten bzw. publizieren konnten, weil unter den Bedingungen des Marktes für einige Verlage wohl erst jetzt ein größeres Leserinteresse vorhanden zu sein schien.

Der Nachteil, der sich nicht an bestimmten Textstellen nachweisen läßt, liegt in der zwischen den Erlebnissen und der Niederschrift abgelaufenen Zeit, die zwischendurch gewonnene Erkenntnisse und Ansichten einfließen läßt. Andererseits gibt es Veröffentlichungen, deren Aussagen von inzwischen aus Archiven der ehemaligen Sowjetunion und aus der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR stammenden Dokumenten (teilweise) belegt werden.

Fast allen Erlebnisberichten ist gemeinsam das Unverständnis für die Verhaftung des Autors als auch in vielen Fällen von Mithäftlingen. Vor allem aber werden übereinstimmend die unmenschlichen Verhörmethoden und die meist völlig unzulänglichen Unterbringungen während der „Untersuchungshaft“ geschildert, nach der die Einlieferung in ein Speziallager zunächst wie eine Erlösung empfunden wurde. Einen breiten Raum nehmen auch die Schilderungen des großen Sterbens in den Lagern ein, wobei es schwierig ist, hieraus einen zahlenmäßigen Überblick zu erhalten. Die Berichtenden konnten jeweils nur eine relativ kurze Zeit unmittelbar (z. B. als Arbeiter eines Beerdigungskommandos) Erkenntnisse über die Zahl der Toten erlangen, so daß eine Hoch-

⁴⁶ Wieland, Günther: Der sowjetische Sachsenhausenprozeß 1947, in: Agde: Sachsenhausen, S. 234; Kühle: Speziallager Nr. 7; Winters, Peter: Sachsenhausen – Drei Kapitel des Konzentrationslagers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 29.04.1995.

rechnung nicht möglich ist. Dasselbe gilt in noch größerem Maße für Berechnungen aus ausgegebenen Essensportionen, über eine längere Zeit gezählte Tote in der eigenen und dann auf alle Baracken bezogene Todesfälle und vor allem für Gerichte, die für bestimmte Zeiten die Zahl der Toten pro Tag angeben. Auch Berichte über die Toten während der Transporte (insbesondere in die Sowjetunion) und während der Vernehmerzeit in den berichtigten Untersuchungsgewahrsamen lassen aus dieser Literatur kein geschlossenes Zahlenbild zu⁴⁷.

2.1. Literatur zu den einzelnen Gewahrsamen

(Schlüssel: E = Erlebnisbericht, D = Dokumentation, W = Wissenschaftliche Arbeit, A= die Publikation befaßt sich ausschließlich mit diesem Lager/Gefängnis)

Die einzelnen Publikationen werden in Kurzform angegeben, sie sind in der Literaturliste aufgeführt. Die Numerierung richtet sich nach der oben angegebenen sowjetischen Aufzählung.

01. **Lembertow**

bei Radom, ehem. Ausbildungszentrum der Wehrmacht; hierüber liegen keine Publikationen vor.

02. **Lodsch**

keine Publikationen vorhanden.

03. **Posen**

Speziallager im ehemaligen Ausstellungsgelände. Zeitweilig auch mit Kriegsgefangenen, ehemaligen Zwangsarbeitern und Wlassow-Armee-Angehörigen belegt. Bestand April bis Dezember 1945.

Völkner: Unschuldig S. 124 (E); Eichler: Ein Wort ging um (E).

04. **Danzig**

Lager u. a. in der Husarenkaserne und im Gefängnis „Schießstange“; keine Publikationen vorhanden.

05. **Krakau**

keine Publikationen vorhanden.

06. **Schneidemühl**

Bestand in einer Kaserne vom Mai 1945 bis August 1945 und war sowohl mit Gefangenen des „mobilen“ als auch des „speziellen“ Kontingents belegt. Die „speziellen“ Häftlinge wurden nach Torgau gebracht.

47 Kilian: Verschollen in Deutschland.

Haase: Torgau-Tabu (D).

07. **Schwiebus**

Das Lager bestand bis September 1945 in einem ehemaligen Arbeitsdienstlager und wurde dann nach Mühlberg verlegt.

Preissinger: Todesfabriken (S. 67, kurzer Hinweis).

08. **Landsberg**

Speziallager in einer Kaserne. Bestand von Juni 1945 bis Januar 1946.

Bacmeister: Der lange Weg (E); Eichler: Ein Wort ging um (E).

09. **Fürstenwalde**

Im Stadtteil Ketschendorf in einer Arbeitersiedlung angelegtes Speziallager. Bestand vom Mai 1945 bis Februar 1947.

Völkner: Unschuldig S. 58 (E); Fischer: Schweigen (E); Knigge-Tesche: Internierungspraxis (D) S. 105 ff; Hartenstein: Kartoffelschalen (E); Pietsch: Schreie (D über den Soldatenfriedhof Halbe mit einem Bericht über die „Umbettung“ der Ketschendorf-Opfer); Klemke: Geiseln (E).

10. **Werneuchen**

In Weesow bei Werneuchen aus ein paar Bauerhäusern zusammengestelltes Speziallager. Bestand von Mai bis August 1945.

Bacmeister: Der lange Weg (E); Flocken: Stalins Lager (E)); Völkner: Unschuldig S. 45 (E).

11. **Graudenz**

Im Strafgefängnis (ehem.Festung) eingerichtetes Lager für Häftlinge des „mobilen“ und des „speziellen“ Kontingents. Bestand von November 1945 bis Februar 1946.

Völkner: Unschuldig S. 81, 114 (E).

12. **Gollnow**

Über dieses Lager liegen keine Publikationen vor.

13. **Stargard** (Gefängnis)

Über dieses Lager liegen keine Publikationen vor.

14. **Insterburg** (Gefängnis)

Hierüber liegen im Berichtszeitraum keine Publikationen vor.

s. Labenski: ... und vergib uns.

15. **Tapiau** (Gefängnis)

Hierüber liegen keine Publikationen vor.

16. **Bartenstein** (Gefängnis)

Über dieses Gefängnis, das Zuchthaus Bartenstein, liegen aus dem Berichtszeitraum keine Publikationen vor.

s. Labenski: ... und vergib uns.

17. **Königsberg** (Gefängnis)

Ehem. Ostpreußenwerk. Hierüber liegen im Berichtszeitraum keine Publikationen vor.

s. Labenski: ... und vergib uns.

18. **Preußisch-Eylau**

Ehem. Infanterie-Kaserne am Warschkeiter See. Über dieses Speziallager liegen keine Publikationen aus dem Berichtszeitraum vor.

s. Labenski: ...und vergib uns.

19. **Domtau**

Dieser Ort konnte nicht identifiziert werden.

20. **Panart**

Dieser Ort konnte nicht identifiziert werden.

21. **Tost** (Lager und Gefängnis) poln.: Toszek

Ehemalige Landespflegeanstalt. Bestand von Juni bis November 1945; keine Publikationen im Berichtszeitraum; Zeitschriftenaufsätze in Mitteilungen des Bautzen-Komitees 2 (1994), S. 3-6, 2 (1995) S. 7-8; Der Schlesier 22. und 29.07.1994; Der Spiegel 32 (1996) 05.08.1996, S. 48-52.

22. **Oppeln** (Gefängnis)

Ehem. Zuchthaus, bestand von Juni 1945 bis November 1945

Völkner: Unschuldig S. 177 (E).

23. **Rawitsch** (Gefängnis)

Das Gefängnis in dem an der damaligen polnisch-deutschen Grenze, zwischen Posen und Breslau gelegenen Ort (poln.: Rawice) konnte nicht identifiziert werden.

24. **Wadowitz** (Gefängnis)

Das Lager in diesem schlesischen Ort konnte nicht identifiziert werden.

25. **Bilsko** (Gefängnis) – nicht identifiziert

26. Ratibor (Gefängnis)

Über dieses Lager liegen keine Publikationen vor.

27. Ruzemberko (Gefängnis)

Es handelt sich um den Ort Rosenberg im damaligen deutsch-tschechischen Grenzgebiet.

Keine Publikationen.

28. Mislowitz

Nicht identifiziert.

29. Sachsenhausen

Das größte Speziallager des MWD befand sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers und bestand von August 1945 bis März 1950.

Agde: Sachsenhausen (D, A); Flocken: Stalins Lager (E); Hartenstein: Kartoffelschalen (E); Hrdlicka: Alltag im KZ (E); Klemke: Geiseln (E u.D); Kühle: Speziallager Nr. 7 (D); Napol: Ein Gebet (schlichter E mit viel Kriegserlebnissen); Prieß: Unschuldige (E); Sonnet: Bolschewismus nackt (E); Schacht: Protokolle S. 28 (E); Völkner: Unschuldige S. 50 f, 52, 83 (E).

30. Buchenwald

Das Speziallager Buchenwald befand sich von August 1945 bis Februar 1950 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers.

Agafonow: Deserteur (Lebensbericht mit kurzer Darstellung seines Wirkens als erster Lagerleiter innerer Ordnung (Häftling) in Buchenwald); Bechler: Warten (E); Bacmeister: Der lange Weg nach Buchenwald (E); Eichler: Ein Wort ging um (E); Flocken: Stalins Lager (E); Gratz: Mein Aufenthalt (E mit eigenwilligen Kommentierungen); Klotz: So nah (E mit sachlicher Reflektion der Vorgänge, bereits 1950 geschrieben, jetzt aus dem Nachlaß veröffentlicht); Küllmer: Botschaft (Bericht über das Schicksal des Vaters mit einigen Briefen von Mithäftlingen); Kuratorium Schloß Ettersberg: Elend, Erinnerung, Einäugiger Blick (drei Berichte über erste Diskussionen mit ehemaligen Häftlingen aus beiden Lagerzeiten sowie Angehörigen der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte“); Landeszentrale für politische Bildung Thüringen: Neuorientierung (Empfehlungen der Historikerkommission, Mitglieder, Wortlaut); Lenzler: Frauen im Speziallager Buchenwald (D); Müller: Recht oder Rache (E und erste Forschungsergebnisse); Ochs: Gestohlene Zeit (E); Rathsfeld: Die Graupenstraße (E mit Parallelschilderung des Familienschicksals); Schuh: Buchenwald und der deutsche Antifaschismus (dokumenta-

rische Beiträge für Ausbildungszwecke): Seidel: Das Elend (A); Wagner: Melder am Tor (E);

Speziallager 2 1945 – 1950 (seit 1991 erscheinende Rundbriefe der Gedenkstätte, Arbeitsberichte, Forschungsergebnisse).

31. **Frankfurt (Oder)**

Lager und Gefängnis befanden sich in einem Häuserblock und in einer Kaserne (Mai bis Oktober 1945 bzw. bis September 1947). Wegen der vielen Transporte von Gefangenen aller Kategorien in die Sowjetunion bzw. aus der Sowjetunion (Entlassene), die kurzfristig in Frankfurt (Oder) in den Haftanstalten/Lagern untergebracht wurden, ist kein genauerer Überblick über die Häftlingsgesellschaft möglich.

Fischer: Schweigen (E); Flocken: Stalins Lager (E); Haase: Torgau-Tabu (mit Transport-Daten in die SU); Hartenstein: Kartoffelschalen (E); Völkner: Unschuldig S. 45 (E).

32. **Torgau**

Das Speziallager befand sich in der ehemaligen Militärstrafanstalt (von September 1945 bis Mai 1946), die dann Gefängnis wurde, und in einer Kaserne (Mai 1946 bis März 1947).

Flocken: Stalins Lager (E); Haase: Torgau-Tabu (D); Stiftung Sächs.Gedenkstätten (D); Dokumentations- und Informationszentrum (D).

33. **Mühlberg**

Das Speziallager wurde in einem früheren Kriegsgefangenenlager eingerichtet und bestand von September 1945 bis November 1948.

Bechler: Warten (E); Drechsler: Im Schatten (Rekonstruktion des Vaterchicksals); Fischer: Schweigen (E); Flocken: Stalins Lager (E); Hartenstein: Kartoffelschalen (E); Kilian: Einzuweisen (D); Landesbeauftragte, Bd. 2, S. 18 ff (E); Noble: Verhaftet (E); Rulc: Unvollständige Chronik (E); Völkner: Unschuldig, S. 22 ff, S. 37 ff, 62 (E).

34. **Neubrandenburg**

Das frühere Kriegsgefangenenlager Fünfeichen war von Juni 1945 bis November 1948 Speziallager.

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen: Die Opfer (Bd. 1 E, Bd. 2 Namensliste der Verstorbenen); Flocken: Stalins Lager (E); Klinnert: Warum wurden (Schülerumfrage); Krüger: Briefe (D); Krüger/Finn: Mecklenburg-Vorpommern (dokumentarischer Bericht); Krüger: Schicksal Fünfeichen I (Häftlingsliste); Kühnbach: Schicksal Fünfeichen II (Häftlingsliste); Range: Das Konzentrationslager (A); Völkner: Unschuldig S. 42 (E).

35. Jamlitz

Im zuvorigen Juden-KZ (vor allem für polnische Juden) Jamlitz bei Lieberose bestand von September 1945 bis April 1947 ein Speziallager.

Bechler: Warten (E); Flocken: Stalins Lager (E); Fischer: Schweigen (E); Klemke: Geiseln (E); Völkner: Unschuldig S. 45, 55, 59 (E).

36. Berlin-Hohenschönhausen

Das Gelände und die Fabrikgebäude einer Fleischmaschinenfabrik und einer früheren Großküche wurde vom NKWD/MWD sowohl als Speziallager als auch als Zentrales Untersuchungsgefängnis genutzt. Bestand von Mai 1945 bis Oktober 1946 als Lager, bis zur Übergabe an den Staatssicherheitsdienst der DDR 1951 als Untersuchungsgefängnis.

Bezirksamt Hohenschönhausen: 1945 (Bericht über die erste Zeit nach dem Kriege mit Hinweisen auf die Einrichtung des Lagers); Erler: Speziallager Nr. 3 (D mit Häftlingsliste); Erler: Genslerstraße (D); Flocken: Stalins Lager (E); Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Zeitzeugen (D mit E); Klemke: Geiseln (E).

37. Bautzen

Die ehemalige sächsische Landesstrafanstalt war vom Juni 1945 bis Januar 1950 Speziallager.

Bautzen-Komitee: Das gelbe Elend (E D); Baganz: Lebenslänglich (E); Beckmann: Gott in Bautzen (D, Beginn des SV an SMTern); Bechler: Warten (E); Flocken: Stalins Lager (E); Hannah-Arendt-Institut: MfS-Sonderhaftanstalt (D); Erlebnisberichte in Kaff: Gefährliche politische Gegner (D); Landesbeauftragte, Bd. 1, S. 46 ff (E); Lange: Engel von Bautzen (E); Prieß: Unschuldig (E); Stiftung Sächs.Gedenkstätten (D); Schriftenreihe Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig.

38. Strelitz

Das frühere Zuchthaus bei Neubrandenburg wurde als Gefängnis genutzt, wobei die Häftlinge diese Anstalt mehr als Durchgangslager empfanden.

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen: Die Opfer (einzelne Hinweise E).

Aus den hier nicht aufgeführten unzähligen *Lagern in der Sowjetunion*, in die verurteilte und nicht verurteilte Häftlinge aus den MWD-Haftanstalten und Speziallagern aus Deutschland in die Sowjetunion deportiert wurden⁴⁸, liegen nachstehende Publikationen vor.

48 Lagerübersicht in Müller: Die andere DDR, S. 85-87

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen: Die Opfer (E über Stalinsk und Prokopjewsk S. 70, Kusnezsk S. 79); Erlebnisbericht(e) in Kaff: Gefährliche politische Gegner; Bouvier: SPD hat aufgehört zu existieren (einzelne E); Bräuer: Wider das Vergessen (D); Bautzenkomitee: Gelbes Elend (S. 261 – Stalinsk); Kilian: Einzuweisen (Hinweise auf Lager in Anshero-Sudhensk, Kemerong und Morschansk – S. 108 u. a.); Müller: Andere DDR (D mit Lagerkomplex-Liste der UdSSR); Ochs: Ungewollt nach Kasachstan (E); Schüler: Workuta; Schüler: Vergessene Opfer (Ausstellungskatalog); Wagner: Melder am Tor (E – Karaganda); Voelkner: Unschuldige (S. 114 Kurgan, S. 115 Kemerovo, 119 Nowosibirsk) (E); Landesbeauftragte Bd. 1 (S. 67 Potma), Bd. 2 (S. 5 ff Krasnojarsk, Magnitogorsk, Swerdlowsk, S. 18 ff Kusnetz, Prokopjewsk) (E).

2.2. Dokumentationen zum Thema Speziallager und Publikationen, die sich nicht einem Lager/Gefängnis zuordnen lassen

Bodo Ritscher: Die NKVD/MVD-“Speziallager“ in Deutschland – Anmerkungen zu einem Forschungsgegenstand in: Knigge-Tesche. Internierungspraxis S. 69 ff; Fintzel: Stalins politische Gefangene (Sammlung von Zeitungsausschnitten, Briefen, Erklärungen); Schaefer: Lebensbericht (E mit kurzer Schilderung Sachsenhausen, StVA Torgau und Untermaßfeld); Greve: Lager des Grauens; Preisinger: Todesfabriken (Sammlung von Erlebnisberichten aus verschiedenen Lagern, Zwischentexte mit rechtsextremen Kommentierungen); Scholz: Verfolgt; Rieke: Sozialdemokraten (D über die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR mit Namensliste); Veith: Klipp, Klapp (E von SMT-Verurteilten Frauen).

Zur Verfolgung an den Hochschulen: Ammer: Universität; Köpcke: Mein Vaterland; Krönig: Anpassung; Universität Leipzig: Studentischer Widerstand; Verband Deutscher Studentenschaften: Dokumentation des Terrors; Verband ehem.Rostocker Studenten: Namen und Schicksale; Wiese: Arno Esch; Wockenfuß: Einblicke.

2.3. Nichtgedrucktes Material

Bei fast allen Opferorganisationen liegen schriftliche Berichte von ehemaligen Häftlingen über ihre Erlebnisse während der Haft. Es sind meistens formlose, „vom Herzen heruntergeschriebene“ Schilderungen der unterschiedlichsten Qualität und Art. Dieses Material ist nur in geringem Umfang erschlossen, weil bisher keine ordnende und sichernde Institution vorhanden ist und die Häftlingsverbände auf eine Stiftungslösung für diese Aufgabe warten. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, weil nur eine baldige Lösung noch eine sinnvolle Ergänzungsarbeit möglich macht. So sind bei der Sichtung dieses Materials mit Sicherheit ergänzende Auskünfte notwendig, die wegen des Alters der Zeitzeugen bzw. Auskunftspersonen immer schwieriger werden. Einige Einrichtungen/Institutionen versuchen, darüber hinaus mit den Methoden der Oral

history dem immer schneller werdenden natürlichen Wegfall der Zeitzeugen so weit wie möglich auszuweichen.

Neben dem beim Bundesarchiv liegenden Material der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ aus den fünfziger Jahren (wegen der Gefährdung der Zeugen unter den damaligen Umständen weitgehend anonymisiert) und den Materialien bei den einzelnen Häftlingsorganisationen befinden sich Zeitzeugenberichte und -aussagen in unterschiedlicher Zahl bei den Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Berlin-Hohenschönhausen (auch im Forschungsverbund mit der Fernuniversität Hagen und der Universität Jena), beim Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden und in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus in Berlin. Zweifellos würde ein Aufruf einer für diese Forschung verantwortlichen Institution („Stiftung“) noch alte, meist kurz nach der Haftentlassung geschriebene und damit von späteren Erkenntnissen „unbeeinflusste“ Erlebnisberichte und Schilderungen früherer Häftlinge von diesen Personen selbst oder aus ihrem Nachlaß erbringen.

3. Forschungsdesiderata

Die Forschung über die Speziallager der Sowjetischen Besatzungsmacht und die Behandlung der überlebenden Häftlinge, die der DDR von der Besatzungsmacht zur weiteren Strafverbüßung bzw. Verurteilung übergeben wurden⁴⁹, konnte nach der Wiedervereinigung Deutschlands sowohl durch Unterlagen der DDR als auch durch Dokumente aus der Sowjetunion auf eine verhältnismäßig breite Basis gestellt werden. Im Vordergrund stand und steht dabei die Schicksalsklärung, der sich insbesondere das Deutsche Rote Kreuz widmet. Mit 199.000 Datensätzen über 122.671 Personen (Stand Sommer 1996) ist inzwischen der größte Teil der von der Besatzungsmacht verhafteten Personen erfaßt. Forschungen müssen sich noch mit dem Personenkreis befassen, der in den ersten Monaten nach dem Kriege bzw. der Besetzung „abgeholt“ wurde und nie ein Lebenszeichen von sich geben konnte, über die auch keine Mithäftlinge berichten konnten. Es handelt sich um Deutsche, die in die Untersuchungsverliese der „operativen Gruppen“ eingeliefert wurden (sogenannte „GPU-Keller“) und dort unmenschlichen Verhören ausgesetzt waren, die mit dem Tod endeten (erschlagen, Selbstmord). Hierüber gibt es bisher keine zusammenfassenden Informationen. Festgestellt werden müßten in diesem Zusammenhang, wo sich in der Sowjetischen Besatzungszone diese „GPU-Keller“ befanden (Ort, Zeit)⁵⁰, ob auch über die auf diese Weise zu Tode gekommenen Häftlinge in sowjetisch/russischen Archiven Akten vorhanden sind (d. h. also Akten über Häftlinge, die noch nicht in Speziallager eingewie-

49 10.513 verurteilte und 3.432 nicht verurteilte Häftlinge, s. Fußnote 34.

50 Im „Einzugsbereich“ des Speziallagers Buchenwald gab es rd. 35 solcher Gefängnisse und „GPU-Keller“.

sen worden waren) und wo sie an den einzelnen Orten verscharrt wurden. Die Zahl der auf diese Weise verschwundenen Opfer wird sich – unabhängig von der einzelnen Schicksalsklärung – wahrscheinlich nur in einem aufwendigen Namensvergleich zwischen den Lagerlisten („Lagerjournalen“) und den Namen der Gesuchten feststellen lassen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Feststellung der Opferzahlen und -schicksale der Speziallagerhäftlinge in den ostdeutschen Lagern (Lager in den ehem. deutschen Ostprovinzen und in den während des Krieges annektierten Gebieten Polens). Hier wird – neben der Erforschung dieser Lager und der dortigen Lebensumstände – die Häftlingsgesellschaft schwer darzustellen sein, weil in diesen Lagern die einzelnen Haftkategorien (s. Einleitung) noch nicht einheitlich beachtet wurden. Viele der vor allem weiblichen und jugendlichen Häftlinge wurden nach schwerem Zwangsarbeitsaufenthalt in der Sowjetunion mit hohen Sterberaten Anfang der 50er Jahre entlassen.

Ebenfalls weitgehend ungeklärt ist die Arbeit der Sowjetischen Militärtribunale (SMT). Befehlsstruktur und Zusammenhänge zwischen den „operativen Gruppen und Sektoren“ des Sowjetischen Innenministeriums mit diesen Truppengerichten (von denen nur die Feldpostnummern ausgewiesen sind), Entscheidungswege für Gnadenerweise sowie die Vollstreckung der Todesurteile sind ebenso noch nicht bekannt wie die Gründe, die SMT mit drei („Troika“) oder fünf („Petka“) Richtern zu besetzen oder den Fall an das Moskauer Ferngericht („OSO“) abzugeben. Unklar ist, ob es bis 1948/49 auch Kriegesgerichte der Truppen des Ministeriums für innere Angelegenheiten der UdSSR gab oder nur normale Truppengerichte, die die Verurteilungen vornahmen. Ehemalige Häftlinge berichten von „fliegenden“ SMT, Erschießungen vor Ort in der SBZ, aber auch von Hinrichtungen erst in der Sowjetunion. Ungeklärt ist auch, wo und wie die Opfer hingerichtet (Genickschuß, Peleton?) und verscharrt wurden.

Unerforscht ist bisher der Zusammenhang (medizinisch, psychisch) zwischen Hunger, völliger Isolierung und Beschäftigungslosigkeit. Diese das jahrelange Vegetieren der Häftlinge in den Speziallagern bestimmende Situation führte zu Todesfällen, die prozentual die Todesraten in den Konzentrationslagern erreichten.

Ein weiteres Forschungsfeld wäre die Bestimmung des Einflusses des Wissens vom kommunistischen Terror in der SBZ in der Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen im Hinblick auf die Hinwendung zum westlichen Wertesystem und Bindung an die Demokratien Westeuropas und Amerikas. Durch Flüchtlinge und Verwandte (in kirchlichen Kreisen auch durch Erklärungen der Kirchenoberen) waren die Massenverhaftungen in der SBZ durchaus bekannt, bevor sie nach der ersten Entlassungsaktion aus den „sowjetischen KZ“ breiten Eingang in der Westpresse fanden. Hierbei spielten auch die noch in der Sowjetunion festgehaltenen Kriegsgefangenen eine Rolle sowie die für alle geltende Weigerung der Sowjetunion, Auskünfte über Verbleib und Tod zu geben. Die Ablehnung des kommunistischen Systems und einer Neutralität

(auch eines wiedervereinigten Deutschlands) zwischen Ost und West läßt sich nicht allein mit NS-Propaganda über den Bolschewismus erklären, die noch weitergewirkt haben soll.

4. Gedenkstättenarbeit

An einigen Gewahrsamsorten für Häftlinge der sowjetischen Besatzungsmacht auf dem Gebiet der früheren DDR wird mit Gedenksteinen und -tafeln an diese Verfolgung erinnert. An allen Friedhöfen wird – soweit die Grablagen bisher identifiziert werden konnten – der Opfer der Verfolgung gedacht. In einigen Orten sind im Rahmen der Heimatmuseen kleine Ausstellungen mit der Darstellung der Geschichte des jeweiligen Lagers vorhanden. (Dies gilt auch zum Teil an Haftorten für die politischen Häftlinge der DDR.)

Im Mittelpunkt des Gedenkens und der Dokumentation über die Nachkriegsverfolgung der sowjetischen Besatzungsmacht mit Hilfe deutscher Kommunisten und Denunzianten stehen vier Haftorte:

1. Buchenwald
2. Sachsenhausen
3. Bautzen
4. Berlin-Hohenschönhausen.

4.1. Buchenwald

Die ehemalige Nationale Mahn- und Gedenkstätte der DDR muß als die problematischste Gedenk- und Dokumentationsstelle angesehen werden. Als „Legitimationsort“ für die Existenz der DDR⁵¹ wurde diese Mahn- und Gedenkstätte nach der Wende in der DDR und nach der Wiedervereinigung nicht als Propagandabeispiel für den Umgang der DDR mit der NS-Vergangenheit gewertet, sondern zum Prüfstein für den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den NS-Opfern stilisiert. Mit großem Geschick wurden ausländische Verbände und Persönlichkeiten in eine vor allem von kommunistischer Seite gesteuerte Kampagne eingebunden, mit der die damalige in einigen ausländischen Kreisen vorhandene Unsicherheit über den Weg des nun größeren Deutschlands und das Erinnern an die Opfer der nun nicht mehr bestreitbaren Weiterverwendung Buchenwalds nach dem Kriege agitatorisch genutzt wurden. Die Thüringische Landesregierung glaubte diesem Druck entgegenzutreten zu können, indem sie ein Gremium von Historikern berief, das ein Gutachten über das weitere Verfahren in

51 Overesch: Buchenwald und die DDR; ders.: Buchenwald und die DDR in: Via regia, Internationale Zeitschrift für kulturelle Kommunikation 25 (1995), S. 10-17.

Buchenwald erstellen sollte⁵². Aus diesem Gremium erwuchs dann ein personell nie vollständig berufenes Kuratorium⁵³, das sich weitgehend aus Historikern zusammensetzte, deren Forschungsgebiet nur der Nationalsozialismus war. Dies und deren zuvorige Nichtbefassung mit den sowjetischen „Internierungslagern“ sowie das Fehlen von Historikern mit den Forschungsgebieten Kommunismus oder Osteuropäische Nachkriegsgeschichte förderte eine nicht vorurteilsfreie Behandlung des Gedenkens und der Dokumentation der doppelten Geschichte Buchenwalds. Hinzu kam, daß als Gesprächspartner für die KZ-Zeit (fast) ausschließlich kommunistische oder kommunistisch beeinflusste Häftlingsorganisationen oder -verbände zur Verfügung standen, die – in organisierten Aktionen⁵⁴ – ein Szenario aufbauten, nachdem angeblich die beiden Lagerzeiten gleichgesetzt, ja sogar die KZ verniedlicht oder verschwiegen werden sollten. Die Behauptung, daß Buchenwald durch die Errichtung eines Dokumentenhauses über die Nachkriegszeit zum Aufmarschplatz für Neo-Nazis werden sollte, zeigte bei den Verantwortlichen für die Gedenkstätte offensichtlich Wirkung, obwohl die nicht zu übertreffende Rabulistik der Wortführer der kommunistischen Lagergemeinschaft auch gegen Kuratoriumsmitglieder einige Nachdenklichkeit aufkommen ließ. Unter Nutzung nicht abgeschlossener Forschungsergebnisse und historisch-wissenschaftlich nicht haltbarer Bewertungen wurde von der Stiftung während des Baubeginns der preisgekrönte, in der Bau-Realisierung stehende Entwurf eines Dokumentenhauses für die Nachkriegszeit Buchenwalds „in Eigenregie“ weitgehend verändert, um angebliche geschichtsinterpretierende Bauelemente wegfallen zu lassen. So wurden z. B. große Fenster, die den Blick auf die unmittelbar hinter dem Gebäude liegenden Massengräber zuließen, bis auf einen kleinen Schlitz weggelassen.

Die Landesregierung Thüringen hat dieser Entwicklung tatenlos zugesehen. So konnte z. B. als erster Buchenwald-Direktor ein DKP- und VVN-Angehöriger⁵⁵ aus Kassel eingesetzt werden, der erst auf öffentliche Proteste hin wieder entlassen wurde⁵⁶. Auch die Übernahme von 67 Bediensteten der SED-Gedenkstätte in den öffentlichen Dienst ohne zuvorige Überprüfung wurde vom zuständigen Ministerium betrieben⁵⁷. So ist z. B. die letzte Direktorin der SED-Gedenkstätte, die bereits unter der letzten DDR-Regierung nur noch kommissarisch arbeiten durfte, bis heute in der Gedenkstätte tätig. Ungeklärt

52 Landeszentrale für politische Bildung Thüringen: Zur Neuorientierung.

53 Dem Kuratorium gehören an: Prof.Dr. Eberhard Jäckel (Vors.), Dr.Heinz Boberach, Dr.Rainer Eisfeld; Prof.Dr.Olaf Gröhler (+), Dr.Ulrich Herbert, Prof.Dr.Eberhard Kolb, Prof.Dr.Manfred Messerschmidt, Prof.Dr.Renate Müller-Krumbach, Prof.Dr.Lutz Niethammer, Prof.Dr.Wolfgang Wippermann und (nachbestimmt) Prof.Dr.Hermann Weber, Prof.Dr. Bernd Bonwetsch, Dr. Werner Brans.

54 Mitteilung des ehem.Direktors der Gedenkstätte Buchenwald, Thomas Hofmann, an den Verf. über wörtlich gleiche Protestbriefe und Schreiben.

55 Fackler, F.X. (Hrsg): Die Rote Hand in den Verfolgten- und Veteranenverbänden Europas, München 1961; Knütter, Hans-Helmuth: Die Faschismus-Keule, Frankfurt (Main) 1993, S. 37-37; Wissenschaftler werten z.Z. entsprechende Dokumente aus dem MfS-Archiv aus.

56 Dr.Ulrich Schneider ist jetzt Vorsitzender des „BundessprecherInnenkreises der VVN-BdA“.

57 s. (korrigierter) Stellenplan der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald vom 15.12.1990, Einzelplan 15, Land Thüringen; Bundeshaushaltsplan 1992, Einzelplan 06, Titel 685 34.

ist bisher, wer personelle Konsequenzen für politisch Belastete und Mitarbeiter des MfS verzögerte oder verhinderte.

Die (teilweise) Öffnung der früheren sowjetischen Archive, die Festlegung der Massengräber und die unzähligen Berichte früherer Häftlinge in der Presse und in anderen Medien erforderten ab 1991 nicht nur den Zwang zum Handeln, sondern auch eine veränderte Sicht über das Nachkriegsgeschehen in Buchenwald und über seine Insassen. Das Wort des für die Gedenkstätte verantwortlichen Beamten im Thüringer Ministerium für Forschung und Kultur, daß man bei den Arbeiten in Buchenwald das „Opfer-Täter-Verhältnis“ berücksichtigen müsse, verlor immer mehr an Gültigkeit.

Unabhängig von der von der Gedenkstätte nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes zunächst in Angriff genommenen „Versachlichung“ der SED-Ausstellung über die KZ-Zeit (was schließlich auf eine völlig neu konzipierte Ausstellung hinauslief) und einigen kleinen Publikationen über die anderen als kommunistischen Häftlinge in Buchenwald, wurde von einer gesonderten Arbeitsgruppe der Gedenkstätte mit der Materialsammlung und Auswertung der Unterlagen über die Nachkriegsgeschichte Buchenwalds begonnen. Die relativ gute technische und personelle Ausstattung der Gruppe hatte zum Ergebnis, daß z.Z. in Buchenwald die beste Übersicht nicht nur zum Komplex dieses Speziallagers selbst, sondern über das ganze damalige System in Deutschland geboten werden kann.

4.2. Sachsenhausen

Die Probleme in Sachsenhausen als ehemaliges Konzentrationslager und Speziallager liegen etwa gleich mit denen Buchenwalds, obwohl sie nicht so gravierend sind, weil hier kein so starker Symbolismus zur DDR-Gründung und keine ideologisch so radikale kommunistische Lagergemeinschaft wie in Buchenwald vorhanden sind. Zudem wurde im Gegensatz zu Buchenwald das Personal der Gedenkstätte nach der Wende stark von SED-belasteten Angestellten entlastet. Allerdings liegt der jetzige Personalbestand auch weit unter dem Buchenwalds, so daß bisher keine intensive Forschungsarbeit sowohl über die KZ-, als auch die Speziallagerzeit ausgeführt werden konnte. Bei neuen Stellenzuweisungen im zweiten Halbjahr 1996 wurde ein Historiker als Bearbeiter des Speziallagerbereichs eingestellt, der der Historischen Kommission der PDS angehört. Diese psychologische Ungeschicklichkeit löste Proteste der Häftlingsverbände aus und behinderte letztlich die Forschungsarbeit. Der große Mangel an Finanzmitteln läßt kaum den baulichen Erhalt der vorhandenen Gebäude und Gedenkstätten, geschweige denn den Neubau eines Dokumentenhauses für das Speziallager zu. Nach den derzeitigen (Herbst 1996) mittelfristigen Finanzplänen kann erst nach dem Jahre 2000 mit dem Baubeginn einer Dokumentationsstätte für das Speziallager Sachsenhausen gerechnet werden.

4.3. Berlin-Hohenschönhausen

Die Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen ist nicht durch eine doppelte Vergangenheit belastet, d. h. Berlin-Hohenschönhausen war zuvor keine NS-Haftanstalt. In einem großen Bau-Komplex können die Funktionen als Speziallager Nr. 3 (1945/46), zentrales sowjetisches Untersuchungsgefängnis (1946/1951) und zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (1951/1989) am unmittelbaren Tatort dokumentiert werden. In ihrer zentralen Lage in der deutschen Hauptstadt soll die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen die politische Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR über die ganze Zeit und in der ganzen Breite („von Buchenwald bis Workuta“) dokumentieren (und nicht nur das Geschehen in dieser Anstalt an sich). Ein Arbeitsausschuß hat inzwischen eine umfangreiche Konzeption für eine solche zentrale Gedenkstätte vorgelegt, die Grundlage für die Einrichtung einer Stiftung sein wird, so daß auf dieser Basis etwa ab 1997/98 eine gesicherte Arbeit möglich ist. Bis jetzt beschränkt sich die Arbeit auf Informationstätigkeiten (Veranstaltungen, Führungen durch die Gebäude, kleinere Publikationen), Materialsammlung (insbesondere durch die Arbeit eines Zeitzeugenbüros, Kontakte zu Forschungseinrichtungen und Opferverbänden) und administrative Aufgaben (Sicherung der Gebäude und des Geländes). Dieser Gedenkstätte kommt in ihrer Dokumentationsarbeit insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie „stellvertretend“ für alle kleineren früheren Haftorte Dokumentationen/Material bieten kann, die über keine eigenen Dokumentationsmöglichkeiten verfügen oder zu abgelegen sind. Auch die vielen Haftorte für die politischen Häftlinge aus Deutschland in der Sowjetunion, in denen heute nur sehr vereinzelt Gedenksteine an das damalige Geschehen erinnern, können hier dokumentiert werden. Außerdem kann in Hohenschönhausen ein zusammenfassender Überblick über die politische Verfolgung und Unterdrückung durch den Staatssicherheitsdienst und die Volkspolizei in der Untersuchungshaft und im Strafvollzug gegeben werden, weil die meisten damaligen Haftanstalten für politische Häftlinge (z. B. Bautzen, Brandenburg, Cottbus, Bützow-Dreibergen, Magdeburg-Sudenburg, Torgau) wieder der Justiz zur Verfügung stehen und mit kriminellen Straftätern belegt sind, so daß außer einem Tafelhinweis keine Gedenkstätten-Einrichtung möglich ist.

Eine „Stiftung Berlin-Hohenschönhausen“ könnte als „Clearingstelle“ für die anderen Gedenkstätten die (lager- und haftanstaltenübergreifende) wissenschaftliche Forschung koordinierend tragen und mit den Opferorganisationen zusammenarbeiten. Für die von der DDR zu verantwortende politische Verfolgung wäre sie darüber hinaus die einzige zentrale Gedenkstätte.

4.4. Empfehlungen für eine Gedenkstättenkonzeption

Es kann nicht Aufgabe des Autors im Rahmen dieses Auftrags sein, eine geschlossene eigene Empfehlung für eine Gedenkstättenkonzeption neben oder aus den vielen bereits vorliegenden Vorschlägen von Verbänden, Ausschüssen

und Stiftungen vorzulegen. Hier können nur aus bzw. zu den bereits der Enquete-Kommission vorliegenden Materialien Schlüsse gezogen und Vorschläge gemacht werden⁵⁸.

Entsprechend dem Themenfeld dieser Expertise beschränken sich die Empfehlungen auf Gedenkstätten von überregionaler, nationaler Bedeutung mit „doppelter Vergangenheit“. Es werden also nicht berücksichtigt die in die Verantwortung von Landes- oder Kommunalbehörden fallenden Gedenkstätten und Gedenkteinrichtungen an vom nationalsozialistischen oder kommunistischen Terror bzw. von beiden benutzten Orten. Einbezogen wird hier jedoch die zentrale Gedenkstätte für den kommunistischen Terror in Berlin-Hohenschönhausen, die als früheres Speziallager und als Untersuchungshaftanstalt der sowjetischen sowie der DDR-Geheimpolizei keine NS-Vorgängerschaft aufweist (s. oben).

4.4.1. Verwaltungsmäßige Voraussetzungen

Grundsätzlich muß gesichert werden, daß der Bund als Träger nicht geringer finanzieller Lasten auch ein Mitspracherecht an der Arbeit der einzelnen Gedenkstätten hat. Die ihm eingeräumten oder einzuräumenden Sitze in den Gremien der Gedenkstätten dürfen von ihm nicht (nur) verwaltungsmäßig wahrgenommen werden. Das bedeutet, daß sich der jeweilige in die Gremien entsandte Vertreter des Bundes z. B. nicht nur um die korrekte Finanzabwicklung der Gedenkstätte kümmert, weil er vom Finanzministerium gestellt wurde, sondern auch – in Absprache mit Vertretern anderer Bundesministerien – aktiv alle dem Gremium vorgetragenen Themen und Probleme bearbeitet. Für das Mitspracherecht ist es notwendig, daß die Gremien, in denen der Bund vertreten ist, voll über die Arbeiten der anderen, meist nachgeordneten Organe der Stiftungen unterrichtet sind und Entscheidungs- bzw. Eingriffsmöglichkeiten in Personalfragen haben.

⁵⁸ Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten, Vorlage des BMF/BMI an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vom 8. März 1993; Maßgaben des Haushaltsausschusses vom 24. März 1993; Protokoll der Öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages unter Beteiligung der Enquete-Kommission vom 7. März 1994 in Sachsenhausen über die Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten; Liste des BMI über die zu fördernden Einrichtungen und Vorhaben vom Juni 1994; Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 15. Juni 1994 (BT-Drs.12/7884); Antrag der Koalitionsfraktionen in der vom Bundestag am 29. Juni 1994 verabschiedeten (geänderten) Fassung (BT-Drs 12/6111); Zu Protokoll gegebene Reden zu dieser BT-Sitzung, Stenogr. Protokoll der 237. Sitzung; Schlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Einsetzungsbeschluß der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“; Faulenbach, Bernd: Von der Gegenwärtigkeit des Vergangenen – Zur Neukonzeption von Gedenkstätten in der ehemaligen DDR, Tagespiegel, Berlin, 07.02.1993, Beilage Weltspiegel.

4.4.2. Interne Regelungen

In die Gremien der einzelnen Stiftungen wurden oder werden von den Bundesländern (die die Hauptträger der Stiftungen sind) Persönlichkeiten berufen, die nicht immer nach ihren speziellen Forschungs- oder Wissensgebieten, sondern auch nach parteipolitischen Überlegungen ausgewählt sind. Diese Gremien prägen die Arbeit der Stiftungen weitgehend und lassen neben der wissenschaftlichen Beratung auch politische Meinungen (und Entscheidungen) einfließen. Deshalb sollte nach Möglichkeit eine ausgewogene Besetzung und Aufteilung nach Forschungs- und Wissensgebieten aus Bereichen beider Diktaturen angestrebt werden. Die relativ kurze zurückliegende Zeit zum Forschungsgegenstand und die mit diesen Themen verbundene Konfrontation mit Verbrechen lassen, bei aller wissenschaftlichen Sachlichkeit, eine emotionale Bindung nicht ausschließen, die „im Umkehrschluß“ zur Nachordnung des jeweils anderen Gebietes führen kann. Hierbei darf z. B. auch nicht eine sprachliche Verharmlosung für die Verbrechen der Kommunisten übernommen oder die utopisch-humane Qualität der kommunistischen Idee der verbrecherischen Rassenideologie des Nationalsozialismus gegenübergestellt und zum Bewertungskriterium für Verbrechen und Verfolgungen genommen werden. Die Gedenkstättenarbeit kann sich deshalb auch nicht unwissenschaftlichen, schlagwortartigen Verbots-Forderungen von „Gleichsetzung“, „Nivellierung“, „Aufrechnung“, die vor allem aus dem politisch linken Spektrum kommen, unterwerfen. Die getrennte Darstellung der beiden Lagerzeiten ist aus historischen Gründen völlig gerechtfertigt. Sie darf aber nicht zu einer „Nachordnung“ führen, die „automatisch“ die Opfer vor dem Mai 1945 jeder Diskussion entzieht und alle Opfer nach dem Mai 1945 bis auf Ausnahmen zu Tätern stempelt. Die Verurteilten der sowjetischen Militärtribunale, die in den Speziallagern einsaßen und zum großen Teil Widerständler gegen das kommunistische Regime waren, können nicht mit der Diskussion überblendet werden, ob das Leiden in der Nachkriegszeit wegen der auch in der Häftlingsgesellschaft vorhanden gewesen „Schuldigen“ zweitklassig war.

Die Zusammensetzung der jeweiligen Häftlingsgesellschaften sowohl in den KZ als auch in den Speziallagern bedarf noch immer der Klärung. Das derzeitige kommunistische Störpotential für eine exakte wissenschaftliche Darstellung darf nicht verhindern, daß – auch im Hinblick auf die späteren politischen, MfS-gesteuerten Aktivitäten des „Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik“ gegen die damalige Bundesrepublik Deutschland – die Rolle einer KZ-Minderheit geklärt wird, die das Leiden von Hunderttausenden von deutschen KZ-Opfern der SS nutzt(e), um sich als Sprecher aller zu profilieren und anti-demokratisch zu agitieren und agieren. Sofern jemand für sein Wirken vor oder nach 1945 den Anspruch auf Anerkennung als Widerstandskämpfer erhebt, muß nach den universalistischen Prinzipien von Freiheit, Recht und Menschenwürde seines Tuns und Strebens gefragt werden. Eine pauschale moralische und politische Sanktionsanktheit „nur“ wegen einer Haft in einem Konzentrations- oder Speziallager kann nicht hingenommen werden. Das Problem wird u. a. deutlich,

wenn z. B. die KZ-Häftlingsgruppe der „Berufsverbrecher“ („Grüne“) als unschuldig betrachtet wird, weil nichts eine KZ-Inhaftierung rechtfertige, während andererseits ebenso pauschal jede Inhaftierung in einem Speziallager als gerecht bezeichnet wird, wenn der (nicht verurteilte) Inhaftierte auch nur Mitglied einer NS-Organisation war.

Die inhaltliche Arbeit der Stiftungen selbst kann nur in Zusammenarbeit mit den Lagergruppen/Opferverbänden/Hilfsorganisationen erfolgen. Trotz aller Radikalität linksextremer Vereinigungen sollte eine Zusammenarbeit mit allen, wenn nicht gar eine gemeinsame Arbeit angestrebt werden. Hierzu müssen die Gedenkstätten die durch die DDR vorgeprägte einseitige Ausrichtung auf kommunistische oder kommunistisch geführte Häftlingsvertretungen aufgeben und versuchen, bisher am Rande stehende nicht politisch-ideologisch gebundene Vereinigungen oder einzelne Persönlichkeiten zur Mitarbeit zu gewinnen. Rechtsextreme Gruppen sind im Zusammenhang mit der Gedenkstättenarbeit nicht hervorgetreten bzw. konnten von den demokratischen Häftlingsvereinigungen an den Rand gedrängt werden. Es wurden von dieser Seite auch keine Stimmen bekannt, die sich – wie umgekehrt⁵⁹ – durch Diskriminierung oder pauschale Verunglimpfung der KZ-Häftlinge einen Vorteil in der Gedenkstättenarbeit erhoffen. Aufgabe der Stiftungen wäre eine ständige Information der Häftlingsorganisationen über alle Arbeiten und Vorhaben (d. h. zum Thema KZ und Speziallager), um über die sachliche Darstellung ein möglichst sachliches Verhalten, eine möglichst sachliche Beurteilung der Vorgänge in den einzelnen Vereinigungen und eine sachliche Zusammenarbeit zu erreichen.

4.4.3. Äußere Gestaltung

Es besteht weitgehend Übereinkunft, daß die Dokumentationen und Gedenkstätten für beide Lagerzeiten in den einzelnen Gedenkstätten getrennt dargestellt bzw. angelegt werden. Unklarheiten bestehen über den in Buchwald eingeführten Begriff der „Nachordnung“ für den Bereich der Speziallager. Nachordnung kann nicht heißen, daß auf dem Lagergelände außerhalb der Dokumentationseinrichtungen und der Grabfelder keine weitere Erinnerung an das Speziallagergeschehen erfolgen darf. Erinnert sei z. B. an die Sezierbaracke in Sachsenhausen, in der sowohl die SS als auch das NKWD/MWD Häftlings-Leichen sezieren ließ. An dieser Baracke kann deshalb z. B. nicht nur ein

59 In einer Erklärung des kommunistisch gesteuerten Internationalen Komitees Buchenwald-Dora während einer öffentlichen Anhörung der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages für die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit am 14. Oktober 1996 in Buchenwald heißt es u. a.: „...Wenn es unberechtigte Internierungen gegeben hat, dann soll Gerechtigkeit geschaffen werden. Aber dem nazistischen Wüten darf kein Alibi geboten werden. Es ist klar, daß es zwischen uns und den Verteidigern unserer Henker keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit geben kann. ... Aus den in unserer Vorbemerkung dargelegten Gründen und in dem Wunsch, sich nicht in innerdeutsche politische Angelegenheiten einzumischen sowie als Ausdruck unserer Weigerung, mit den Vertretern unserer Henker an einem Tisch zu sitzen ... halten wir unsere Anwesenheit bei der Anhörung durch die 'Enquete-Kommission' für überflüssig.“

Besucherhinweis angebracht werden, der allein auf die Funktion während der SS-Zeit hinweist.

Zu der einheitlichen Gestaltung von Wegweisern im Gedenkstättenengelände zu den einzelnen Informationspunkten gehört eine einheitliche, d. h. alle Informationsmöglichkeiten zur gesamten Lagerzeit anbietende schriftliche Wegedarstellung durch den Lagerkomplex. Der Besucher, der entweder nur an der KZ-Zeit oder an der Speziallagerzeit interessiert ist (oder gar keine Ahnung hat), soll zumindest über die jeweils andere Leidenszeit informiert und vielleicht sogar angestoßen werden, sich auch damit zu befassen und auseinanderzusetzen. Zum „(gegenseitigen) Gewöhnen“ an die doppelte Leiderfahrung sollten grundsätzlich alle Informationen der Gedenkstätten beide Seiten berücksichtigen. Sinngemäß gilt das für die Besuchergruppenbetreuer, die beide Lagerzeiten anzusprechen haben, auch wenn sie ihre persönliche Gewichtung nach der einen oder anderen Seite legen.

4.4.4. Gedenkstättenprinzipien

Neben der rein materiellen Aufgabe, die Gedenkstätten einschließlich ihrer Friedhöfe zu erhalten, baulich zu sichern und verborgene oder verschüttete Bodendenkmale der Forschung und den Besuchern zugänglich zu machen, haben die Gedenkstätten über die ganze Zeit des Bestehens als Konzentrationslager und Speziallager in sachlicher und würdiger Form mit Dokumentationen/Ausstellungen zu informieren und hierfür alle vorhandenen Quellen aufzuspüren und zu erschließen. Dafür sind die Gedenkstätten sowohl Forschungsstellen als auch Forschungsobjekte. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Gedenkstätten sind in erster Linie für die Darstellung der gesamten Geschichte „ihres“ jeweiligen Lagers zuständig. Neben eigenen Forschungen hierzu haben sie externe Forschungen in diese Darstellung aufzunehmen und mit Materialien und Anregungen zu unterstützen. Hierbei ist eine enge Kooperation der Stiftungen untereinander durch Vernetzung zu sichern, wobei eine Stiftung die Federführung übernehmen könnte (regelmäßige Tagungen, Erfahrungsaustausch, Symposien mit außenstehenden Wissenschaftlern). Die Sammlung von Materialien und Ergebnissen der Forschung muß in bildungspolitische Aktivitäten umgesetzt werden. Nicht nur in der Ergänzung oder „Modernisierung“ der jeweiligen Ausstellung/Dokumentation liegt die Informations- und bildungspolitische Aufgabe, sondern in der Ausarbeitung und Anwendung didaktischer Methoden zur weitgehenden Information aller ansprechbaren Bevölkerungskreise. Mit wissenschaftlichen und populären Publikationen, mit der Nutzung der Bildungsmöglichkeiten und -einrichtungen der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und ähnlicher Bildungswerke der Gewerkschaften und der Kirchen müssen die Gedenkstätten „hinausgehen“ in die politische Landschaft und sich nicht auf die zu ihnen kommenden Besucher beschränken, um den Informations- und Bildungsauftrag zu erfüllen, anhand der jüngsten deutschen Geschichte die fürchterlichen Folgen von Diktaturen

darzustellen, und mit dem pädagogischen Ziel der Bildungsstätten zu verbinden, Demokraten zu bilden, demokratisches Gedankengut zu verbreiten.

Abkürzungen

BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BT	(Deutscher) Bundestag
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
Drs.	Drucksache
DVDI	Deutsche Verwaltung des Innern
Gestapo	Geheime Staatspolizei im NS-Staat
GPU	(russ.) Staatliche politische Verwaltung (Geheimpolizei)
GULAG	(russ.) Hauptverwaltung für Lager
GUPVI	(russ.) Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten
HJ	Hitler-Jugend
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des Staatssicherheitsdienstes)
ITL	(russ.) Besserungsarbeitslager
Kapo	Bezeichnung für Häftlingsfunktionär im KZ
KGB	(russ.) Komitee für Staatssicherheit
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MGB	(russ.) Ministerium für Staatssicherheit
MWD	(russ.) Ministerium für Innere Angelegenheit der UdSSR/Geheimpolizei
NKGB	(russ.) Volkskommissariat für Staatssicherheit
NKWD	(russ.) Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR/Geheimpolizei

NS	nationalsozialistisch(er)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OSO	(russ.) Sonderkollegium für „Fernverurteilungen“
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus (früher SED)
Pg	Parteigenosse
RAO	(russ.) Russische Befreiungsarmee
RSFSR	(russ.) Russische Föderative Sowjetrepublik
SA	Sturmabteilung (militante NS-Organisation)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SD	Sicherheitsdienst (im NS-Staat)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMERSCH	(russ.) sowj. militärischer Abwehrdienst („Tod den Spionen“)
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (NS-Terrororganisation)
StVA	Strafvollzugsanstalt (der DDR)
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VP	Volkspolizei
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (BdA = Bund der Antifaschisten)

Literaturverzeichnis

(Das nachstehende Literaturverzeichnis enthält auch Schriften, die vor 1990 erschienen sind, weil die nach diesem Zeitpunkt erschienene Literatur nicht das gesamte Themenfeld abdeckt.)

- Agafonow, Alexander: Erinnerungen eines notorischen Deserteurs, Berlin 1993
 Agde, Günter: Sachsenhausen bei Berlin – Speziallager Nr. 7 – 1945-1950, Berlin 1994
 Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur – Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1969

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen (Hrsg.): Die Opfer von Fünfeichen, Bde 1 u.2 , Neubrandenburg 1996
- Bacmeister, Arnold: Der lange Weg nach Buchenwald, Berlin 1992
- Bärwald, Helmut: Das Ostbüro der SPD, Krefeld 1991
- Bautzen-Komitee (Hrsg.): Das gelbe Elend – Bautzenhäftlinge berichten 1945 – 1956, Bocholt 1992
- Bechler, Margret: Warten auf Gerechtigkeit, Berlin 1984
- Beckmann, Andreas/Kusch: Regina: Gott in Bautzen – Gefangenenseelsorge in der DDR, Berlin 1994
- Bedau, Georg: Menschen im Regal, Szenischer Bericht, Worms 1961
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt (Main) 1985
- Bezirksamt Hohenschönhausen von Berlin (Hrsg.): 1945 – Nun hat der Krieg ein Ende, Erinnerungen aus Hohenschönhausen, Berlin 1995
- Bilke, Jörg Bernhard: Unerwünschte Erinnerungen – Gefängnisliteratur 1945/49 bis 1989 in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band III, S. 796 ff, Baden-Baden 1995
- Binski, Sigurd (Hrsg.): Zwischen Waldheim und Workuta – Erlebnisse politischer Häftlinge 1945 – 1965, Bonn 1967
- Birkenfeld, Günther: Der NKWD-Staat, in: Der Monat Nr. 18/1950, S. 628 ff
- Bloch, Peter: Zwischen Hoffnung und Resignation, Köln 1986
- Bordihn, Peter: Bittere Jahre am Polarkreis – Als Sozialdemokrat in Stalins Lagern, Berlin 1990
- Bouvier, Beatrix/Schulz, Horst-Peter (Hrsg.): ... die SPD aber hat aufgehört zu existieren, Bonn 1991
- Bräuer, Heinz: Wider das Vergessen – In memoriam Reinhard Gnettner, Pfarrer in Fürstenberg/Oder, Eisenhüttenstadt 1994
- Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch – Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1949, München 1990
- Brückner, Helmut: Gedichte, geschrieben in den Lagern Waldheim und Bautzen, Berlin 1954
- Brundert, Willi: Es begann im Theater – Volksjustiz hinter dem Eisernen Vorhang. Berlin, Hannover 1958
- Bundesministerium der Justiz: Im Namen des Volkes? – Über die Justiz im Staat der DDR, Leipzig 1994 (Katalog)
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System (mehrere Dokumentationsbände), Bonn 1952 – 1958
- Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD 1946 – 1958, München 1990
- Dietz-Verlag: Dokumente 1956 – Zur Entlassung werden vorgeschlagen... – SED und Stalinismus, Berlin 1991
- Dokumentations- und Informationszentrum Torgau: Spuren des Unrechts, Torgau 1996
- Drechsler, Sigrid: Im Schatten von Mühlberg, Dresden 1996 (Eigenverlag)
- Drotleff, Katharina (Hrsg.): Laßt sie selber sprechen – Berichte rußlanddeutscher Aussiedler, Hannover 1985
- Eichler, Wolfgang: Ein Wort ging um in Buchenwald, Gütersloh 1957
- Eisert, Wolfgang: Die Waldheimer Prozesse – Der stalinistische Terror 1950 – Ein dunkles Kapitel der DDR-Justiz, München 1993
- Erler, Peter/Otto, Wilfriede/Prieß, Lutz: Sowjetische Internierungslager in der SBZ/DDR 1945 bis 1950 in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 6/1990, S. 723

- Erler, Peter/Friedrich, Thomas: Das sowjetische Speziallager Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Oktober 1946), Berlin 1995
- Erler, Peter/Friedrich, Thomas (Hrsg.): Genslerstraße 66, Biographische Forschungen und Sozialgeschichte, 1(1995)
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität (Hrsg.): In memoriam Ernst Lohmeyer – Greifswalder Universitätsreden, Neue Folge 59 (1991)
- Fackler, F.X. (Hrsg.): Die rote Hand in den Verfolgten- und Veteranenverbänden Europas, München 1961
- Finn, Gerhard (Hrsg.) Die Frauen von Hoheneck – Protokoll einer Anhörung, Berlin/Bonn 1994
- Finn, Gerhard: Buchenwald 1936 – 1950 – Die Geschichte eines Lagers, Bonn 1985, Münstereifel 1988
- Finn, Gerhard: Sachsenhausen 1936 – 1950 – Die Geschichte eines Lagers, Bonn 1985, Münstereifel 1988
- Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945 bis 1959, Pfaffenhofen 1960, Reprint Köln 1989
- Finn, Gerhard: Die Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1950 in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band IV, S. 337 ff, Baden-Baden 1995
- Finn, Gerhard: Mauern, Gitter, Stacheldraht – Beispiele politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR (Katalog), Berlin/Bonn 1996
- Fintzel, Wolfgang (Hrsg): Wir waren Stalins politische Gefangene, Eisleben 1990
- Fippel, Günter: Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR, in Deutschland Archiv, 10 (1992), S. 1055 ff
- Fischer, Ursula: Zum Schweigen verurteilt – denunziert – verhaftet – interniert 1945 – 1948, Berlin 1992
- Flocken, Jan (Hrsg.) Halbe mahnt – Zentralfriedhof Halbe, Halbe 1990
- Flocken, Jan/Klonovsky, Michael: Stalins Lager in Deutschland 1945 – 1950, Dokumentation, Zeugenberichte, Berlin 1991
- Fricke, Karl Wilhelm: Ein Mann namens Linse, Köln 1972
- Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR – Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945 – 1968, Köln 1979
- Fricke, Karl Wilhelm: Warten auf Gerechtigkeit – Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen, Köln 1971
- Friedensburg, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit, Berlin 1971
- Friedrich-Ebert-Stiftung: Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur, Schriftenreihe Bautzenforum, Leipzig, mehrere Hefte 1991 bis 1995
- Frölich, Sergej: General Wlassow – Russen und Deutsche zwischen Hitler und Stalin, Köln 1987
- Gabert, Josef/Prieß, Lutz (Hrsg.): Dokumente – SED und Stalinismus, Berlin 1990 und Zur Entlassung werden vorgeschlagen, Berlin 1991
- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): Zeitzeugen – Inhaftiert in Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 1996
- Glaser, Hermann/Silenius, Axel (Hrsg.) Jugend im Dritten Reich, Frankfurt (Main) 1975
- Grabe, Kurt: Vier Stationen in Rot, Hannover 1985²
- Gradt, Johann Baptist: Anfang unter dem Sowjetstern, Köln 1981
- Gratz, Erich: Mein Aufenthalt im Konzentrationslager Buchenwald von 1945 – 48, o.O. o.J. (1994), Privatdruck
- Grewe, Uwe: Lager des Grauens – Sowjetische KZs in der DDR nach 1945, Kiel 1990
- Griese, Friedrich: Der Wind weht nicht , wohin er will, – Erlebnisbericht eines Internierten aus Lagern der SBZ, Düsseldorf 1960

- Haase, Norbert/Oleschinski, Brigitte (Hrsg.): Das Torgau-Tabu – Wehrmachtsstrafsystem, NKWD-Speziallager, DDR-Strafvollzug, Leipzig 1993
- Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Hrsg): MfS-Sonderhaftanstalt Bautzen II, Dresden 1994
- Hornstein, Erika: Sieben Prozesse in der DDR, Köln/Berlin 1963
- Hrdlicka, Manuela R.: Alltag im KZ – Das Lager Sachsenhausen bei Berlin, Opladen 1992
- Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 (Hrsg): 5. Buchenwaldtreffen, Weimar 1996
- Just, Hermann: Die sowjetischen Konzentrationslager auf deutschem Boden 1945 – 1950, Berlin 1952
- Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner“ – Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995
- Kaminski, Andrzej: Konzentrationslager 1896 bis heute, Stuttgart 1982
- Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Auch das ist Deutschland – Bericht von drüben, Berlin o.J. (1949)
- Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Hefte der Kampfgruppe Nr. 1 (1951) und 3, (1952), Berlin
- KgU-Archiv: Die Sowjetischen Militärtribunale, Material der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Heft 7/1957
- Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI – Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941 – 1956, Wien 1995
- Kempowki, Walter: Ein Kapitel für sich, München/Wien 1975
- Kilian, Achim: Einzuweisen zur völligen Isolierung – NKWD-Speziallager Mühlberg/Elbe 1945 – 1948, Leipzig 1992
- Kilian, Achim: Zum Begriff der „NKWD-/MWD-Speziallager“ in: Deutschland Archiv, Nr. 12/1992, S. 1315 ff
- Kilian, Achim: Verschollen in Deutschland seit 1945, 1946, 1947... Über den Umgang mit Toten stalinistischer „Gewahrsame“, in: Deutschland Archiv 9 (1995), S. 938 ff
- Klein, Manfred: Jugend zwischen Diktaturen 1945/56, Mainz 1968
- Klein, Thomas/Otto, Wilfriede/Griender, Peter: Visionen – Repression und Opposition in der SED (1949 – 1989), Frankfurt (Oder) 1996
- Klemke, Helmut: Geiseln der Rache, Berg 1995
- Klinnert, Sylvia u. a.: Warum wurden von 1945 bis 1947 aus Westmecklenburg Jugendliche festgenommen und abtransportiert? Schwerin 1991
- Klönne, Arno: Hitlerjugend – Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn, Nr. 1, Hannover/Frankfurt (Main) 1960
- Klotz, Ernst: So nah der Heimat – gefangen in Buchenwald, Bonn 1992
- Knigge-Tesche, Renate/Reif-Spirek, Peter/Ritscher, Bodo (Hrsg.): Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Erfurt 1993
- Köpcke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit – Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990
- Köster-Hetzendorf, Maren: Ich hab dich so gesucht – Der Krieg und seine verlorenen Kinder, Augsburg 1995
- Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Anpassung, Widerstand, Verfolgung – Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR, Köln 1994
- Krüger, Dieter/Kühlbach, Egon: Schicksal Fünfeichen, Neubrandenburg 1991
- Krüger, Dieter: Fünfeichen 1945 – 1948 – Briefe Betroffener und Hinterbliebener, Neubrandenburg 1990,
- Krüger, Dieter/Finn, Gerhard: Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1948 und das Lager Fünfeichen, Berlin 1991
- Kühlbach, Egon: Schicksal Fünfeichen – Gefangene im NKWD/MWD-Lager Fünfeichen von 1945 bis 1948, Neubrandenburg 1993

- Kühle, Barbara/Titz, Wolfgang: Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen 1945 – 1950, Berlin 1989
- Kühn, Rainer: Konzentrationslager Sachsenhausen, Berlin 1989
- Kühne, Heinz: Kuriere, Spitzel, Spione, Berlin (Ost) 1949
- Küllmer, Inge: Botschaft aus der dunklen Nacht, o.O. o.J. (1991) Privatdruck
- Kuratorium Schloß Ettersburg: Das Elend mit der Vergangenheit – Buchenwald von 1937 bis 1950, Weimar 1990
- Kuratorium Schloß Ettersburg: Erinnerung ist das Geheimnis der Versöhnung, Weimar 1992
- Kuratorium Schloß Ettersburg: Der einäugige Blick – Vom Mißbrauch der Geschichte im Nachkriegsdeutschland, Weimar 1993
- Labenski, Rosa: Und vergib uns unsere Schuld, Mainz 1965
- Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Betroffene erinnern sich, Band 1 und 2, Magdeburg 1995 u. 1996
- Landeszentrale für politische Bildung Thüringen: Zur Neuorientierung der Gedenkstätte Buchenwald, Weimar-Buchenwald 1992
- Lange, Herbert: Engel von Bautzen, Berlin 1994
- Lenzer, Gudrun: Frauen im Speziallager Buchenwald 1945-1950 – Internierung und lebensgeschichtliche Einordnung, Münster 1996
- Maderthaner, Wolfgang/Schafranek, Hans/Unfried, Berthold: „Ich habe den Tod verdient“ Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945 – 1956, Wien 1991
- Materialien zur Pressekonferenz des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers des Innern (der DDR), Dr. Peter-Michael Diestel, am 26. Juli 1990 in Berlin: Sowjetische Sonderlager in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone
- Moser, Sigrid: Bald nach Hause – Skoro domoi, Berlin 1991
- Müller, Hanno (Hrsg.): Recht oder Rache – Buchenwald 1945 – 1950, Frankfurt (Main) 1991
- Müller, Klaus-Dieter/Osterloh, Jörg: Die andere DDR – Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, in: Berichte und Studien Nr. 4, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, Dresden 1995
- Müller, Marianne und Egon Erwin: ... stürmt die Festung Wissenschaft – Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953
- Niethammer, Lutz (Hrsg.): Der gesäuberte Antifaschismus – Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994
- Niethammer, Lutz: Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945, in: Jansen, Christian/Niethammer, Lutz/Weisbrod, Bernd: Von der Aufgabe der Freiheit, Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995
- Napol, Erich: Ein Gebet wird erhört, Berlin 1994
- Noble, John: Verhaftet...verbannt...verleugnet, Muncy, Pa. (USA), o.J.
- Ochs, Günter: Meine gestohlene Zeit ... 50 Jahre danach! Erlebnisse eines Jugendlichen am Ende des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt 1994
- Ochs, Günter: Ungewollt nach Kasachstan – Erlebnisse eines Jugendlichen am Ende des Zweiten Weltkriegs, Darmstadt 1995
- Otto, Wilfriede: Die „Waldheimer Prozesse“ 1950 – Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus, in: Hefte zur DDR-Geschichte, 12 (1993)
- Oversch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder die Suche nach der Selbstlegitimation, Göttingen 1995
- Pförtner, Kurt/Natonek, Wolfgang: Ihr aber steht im Licht – Eine Dokumentation aus sowjetischem und sowjetzonalen Gewahrsam, Tübingen 1962

- Pietsch, Herbert/Potratz, Rainer/Stark, Meinhard (Hrsg.): Nun hängen die Schreie mir an ... Halbe – ein Friedhof und seine Toten, Berlin 1995
- Preisinger, Adrian (Hrsg.): Todesfabriken der Kommunisten, Berg am See 1991
- Prieß, Benno: Unschuldige in den Todeslagern des NKWD 1945 bis 1954, Calw 1991 (Selbstverlag)
- Range, Hans-Peter: Das Konzentrationslager Fünfeichen 1945 – 1948, Ratzeburg 1989
- Rathsfeld, Werner und Ursula: Die Graupenstraße – Erlebtes und Erlittenes, Bad Lauterberg 1993
- Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948 – 1952 – Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990
- Rieke, Dieter: Sozialdemokraten im Kampf gegen die Rote Diktatur unter Stalin und Ulbricht, Bonn 1994
- Ritscher, Bodo: Spezlager Nr. 2 Buchenwald, Weimar-Buchenwald 1992²
- Ritscher, Bodo: Zur Herausbildung und Organisation des Systems von Speziallagern des NKVD in der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 723 ff
- Ritscher, Bodo/Hofmann, Rosmarie/Hammermann, Gabriele/Röll, Wolfgang/Schölzel, Christian (Hrsg.): Die sowjetischen Speziallager 1945 -1950 – Eine Bibliographie, Göttingen 1996
- Roeder, Bernhard: Der Katorgan – Traktat über moderne Sklaverei, Köln/Bonn 1956
- Rose, Arno: Werwolf 1944-1945, Stuttgart 1980
- Rulc, Siegfried: Unvollständige Chronik 1945 – 1950 – Ein Tagebuch zur Werwolf-Legende, Berlin 1996, Eigenverlag
- Schacht, Ulrich (Hrsg.): Hohenecker Protokolle – Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, Zürich 1984
- Schaefer, Aloys: Lebensbericht, Heiligenstadt 1994²
- Schick, Christa: Die Internierungslager, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, München 1990³
- Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948 – 1950, München 1988
- Scholmer, Joseph: Die Toten kehren zurück – Bericht eines Arztes aus Workuta, Berlin 1954
- Scholz, Günther (Hrsg.): Verfolgt – verhaftet – verurteilt – Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur, Berlin/Bonn 1990
- Schüler, Horst: Workuta – Erinnerung ohne Angst, München 1993
- Schüler, Horst: Vergessene Opfer, Berlin 1996
- Schuh, Horst (Hrsg.): Buchenwald und der deutsche Antifaschismus, Brühl 1996
- Schuller, Wolfgang: Geschichte und Struktur des politischen Strafrechts in der DDR bis 1968, Ebelsbach 1980
- Seidel, Thomas: Das Elend mit der Vergangenheit – Buchenwald 1937 bis 1950, Weimar 1990
- Sommer, Hellmut: Voelkerwanderung im 20. Jahrhundert – Die große Heimkehr der Volksdeutschen ins Reich, Berlin 1940
- Sonnet, André: Bolschewismus nackt – Ein Kommunist erlebt sowjetisches KZ, Offenbach 1951
- Speziallager 2 – 1945 – 1950, Rundbriefe der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (ab Nr. 4 Gedenkstätte Buchenwald)
- Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (Hrsg.): Spuren Suchen und Erinnern – Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Sachsen, Leipzig 1996
- Taege, Herbert (Hrsg.): Die Gefesselten – Deutsche Frauen in sowjetischen Konzentrationslagern, Lindhorst 1987

- Universität Leipzig (Hrsg.): Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig, Leipzig 1997
- Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen/Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes/Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Wir dürfen nicht schweigen – Streiflichter aus den politischen Haftanstalten der Sowjetzone, Düsseldorf/Berlin o.J. (1952)
- Veith, Ines: Klipp, Klapp, Holz auf Stein, Frauen in politischer Haft – Hoheneck 1950-1989, Berlin 1996
- Verband Deutscher Studentenschaften (Hrsg.): Dokumentation des Terrors – Namen und Schicksale der seit 1945 in der sowjetisch besetzten Zone verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten, Berlin 1962
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (Hrsg.): Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten, Dannenberg 1994
- Voelkner, Hans und Rosemarie (Hrsg.): Unschuld in Stalins Hand – Briefe, Berichte, Notizen, Berlin 1990
- Volker, Hagen: Sibirien liegt in Deutschland, Berlin 1958
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung – Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949, München 1991
- Vorstand der SPD: Die einen sind im Dunkeln ... Jugend hinter Stacheldraht, Sopade-Informationdienst, Hannover o.J. (1950)
- Wagner, Hans: Melder am Tor, Altenburg 1996
- Welsh, Helga: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945 – 1948), München 1989
- Wember, Heiner: Umerziehung im Lager – Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands in: Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Band 30, Mai 1991
- Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995
- Wiese, Friedrich/Bernitt, Hartwig: Arno Esch – Eine Dokumentation, Dannenberg 1994
- Wockenfuß, Karl: Einblicke in Akten und Schicksale Rostocker Studenten und Professoren nach 1945, Dannenberg 1994
- Zschorsch, Gerald: Glaubt bloß nicht, daß ich traurig bin, Frankfurt (Main) 1981
- Zur Neuorientierung der Gedenkstätte Buchenwald. Die Empfehlungen der vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Thüringen berufenen Historikerkommission, Weimar-Buchenwald 1992

Zusammenfassung

Die seit 1990 erschienene Literatur über die Speziallager der sowjetischen Besatzungszone wird weitgehend von Erlebnisschilderungen ehemaliger Häftlinge dieser Lager in ganz unterschiedlicher Qualität beherrscht. Die Spanne dieser Literatur reicht von einfachen Schilderungen, die manchmal noch Kriegserlebnisse einbeziehen, bis zu informativen, mehr als das eigene Schicksal einbeziehende Beschreibungen. Jeder Bericht kann aber jeweils nur einen kleinen Sektor der Lebenswelt in diesen nach außen streng isoliert gewesenen und noch in sich selbst isolierten Lagern darstellen. Gemeinsam ist allen diesen Erlebnisberichten, daß sie die grauenhaften Umstände der Haft, insbesondere in den Untersuchungsverliesen der sowjetischen Geheimpolizei beschreiben und von den vielen Toten berichten, die die Untersuchungen und die Hunger-

haft forderten. Da nach der Teilöffnung der sowjetischen Archive in Rußland auch die Zahl und teilweise die Struktur der sowjetischen Lager und des Lagersystems bekannt wurden, lassen sich die Berichte den einzelnen Lagern zuordnen. Auffallend ist, daß von vielen in den sowjetischen Akten genannten Lagern keine Berichte vorliegen, einige Orte bisher sogar nicht einmal identifiziert werden konnten. Das mag an den in diesem Bericht dargestellten Wirren der letzten Monate vor Kriegsende und den ersten Nachkriegsmonaten gelegen haben. Hier ist noch ein weites Feld für wissenschaftliche Arbeit.

Zum Verständnis für die Zusammenhänge und Berichte aus dieser Zeit ist dem Thema eine zusammenfassende Übersicht über den Komplex Speziallager vorangestellt, aus dem der Verbleib und die Zusammensetzung der Häftlingspopulation hervorgeht. Eine detaillierte Darstellung der genauen Zahlen erfolgt nicht, weil dies Gegenstand einer anderen Expertise [Achim Kilian: Häftlinge der Speziallager] ist.

An wissenschaftlichen Arbeiten liegen zu dem hier behandelten Thema bisher wenige Publikationen aus der Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands vor. Die nunmehr möglich gewordene (teilweise) Auswertung der sowjetischen Akten bestand zunächst darin, die vielen Schicksale der Opfer der sowjetischen Verfolgung in Deutschland zu klären. Damit verbunden war der Versuch der einigermaßen zuverlässigen Feststellung der Opferzahlen. Erschütternd auch hier, daß die sowjetischen Dienststellen meist sehr genau über die Häftlinge Buch führten, den suchenden Angehörigen aber über Jahrzehnte keine Auskunft über das Schicksal des Vermißten gaben, obwohl in den Akten das Todesdatum, die Todesursache, in einigen Fällen sogar der Friedhof und die Grablage enthalten sind. Es paßte zu dieser menschenverachtenden Diktatur, daß nach dem Auffinden der Massengräber in der sich auflösenden DDR über das nun nicht mehr zu leugnende System der Speziallager in Deutschland falsche Zahlen veröffentlicht und Berichte über die Zustände in den Lagern als antisowjetische Propaganda zurückgewiesen wurden. Die „Rückübersetzung“ der deutschen Namen aus dem Kyrillischen, das schlechte, inzwischen langsam verfallende Aktenpapier und die schlechte Lesbarkeit der vielen mit schlechten Schreibutensilien handgeschriebenen Unterlagen erforderten zeitraubende Arbeiten. Aber auch die Auswertung der nicht personengebundenen Akten, Befehle und Berichte macht den Wissenschaftlern Schwierigkeiten, so daß Arbeiten, die schon erschienen sein sollten, noch nicht veröffentlicht wurden. Offensichtlich muß auch die Diskrepanz mit den vorliegenden Häftlingsberichten beachtet werden, die sich z. B. in den papiernen Angaben über die Verpflegungssätze und der Wirklichkeit oder in den Angaben über die Verhaftungsgründe oder die Funktionen etlicher Häftlinge im NS-Staat ergeben.

Das Fehlen größerer wissenschaftlicher Arbeiten über die Nachkriegsverfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer sowie der Übergang von der sowjetischen Militärjustiz zur Volksjustiz der DDR beeinträchtigt auch die Gedenkstättenarbeit, vor allem an jenen Orten, an denen die sowjetische Besatzungsmacht die Konzentrationslager des Nazi-Regimes

schon wenige Wochen später in Betrieb nahm. Die sehr aktiven, kommunistisch überlagerten KZ-Häftlingsverbände sehen in den nun bekanntgewordenen Berichten und Dokumentationen über die kommunistische Verfolgung den Versuch, die Verbrechen des NS-Regimes zu „verniedlichen“, zu „relativieren“ oder gar ganz zu verschweigen. Sie verbreiten sogar in der ihnen eigenen veralteten Propaganda-Manier die unzutreffende alte DDR-Behauptung, daß in der Nachkriegszeit (fast nur) NS- und Kriegsverbrecher, eben ihre „Henker“ in den Speziallagern gegessen hätten. Die zu DDR-Zeiten übliche Herausstellung der kommunistischen Widerstandskämpfer (im allerweitesten Sinne) und die lediglich als Opfer betrachteten zahlenmäßig sehr viel größeren anderen KZ-Häftlingsgruppen (Juden, Sinti, Roma, Zeugen Jehovas u. a.) brachten eine weitere Erschwerung für die nach der Wende in der DDR der Wahrheit und sachlichen Dokumentierung verpflichteten Gedenkstätten.